

LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 12 · 40. Jahrgang · 14. Wahlperiode · 17.12.2009

Recht & Ordnung

S. 3

Die rechtlichen Grundlagen für die Polizeiarbeit in NRW möchte die Landesregierung anpassen. Ihr Entwurf für ein geändertes Polizeigesetz stieß im Plenum auf Zustimmung, aber auch auf Kritik.

Soll & Haben

S. 6-13

Über 53 Milliarden Euro umfasst der Landeshaushalt für das kommende Jahr. Nach detailreicher zweiter und dritter Lesung hat der Landtag ihn ebenso wie den 2. Nachtragshaushalt 2009 verabschiedet.

Krisen & Chancen


S. 14-15

Die Wirtschaftskrise hat das Jahr 2009 geprägt und auch den Landtag stark beschäftigt. Welche Themen außerdem auf der politischen Agenda standen, zeigt die Jahresrückschau von „Landtag Intern“.

Fragen & Antworten

S. 17

Zwei Schwerverbrechern gelang die Flucht aus der JVA Aachen. Anlass für die Opposition im Landtag, kritische Fragen an die Justizministerin zu richten. Diese wehrte sich im Rechtsausschuss.



Der Landeshaushalt 2010 Unter die Lupe genommen

Keine Zeit für Geschenke

Keine besinnliche Zeit. Und auch nicht nur Rückschau. In den Wochen kurz vor Weihnachten, vor dem Jahreswechsel wird traditionell der Haushalt fürs kommende Jahr beraten. Alles steht auf dem Prüfstand: die Finanzlage im Allgemeinen, die Ausgaben in den einzelnen Politikbereichen im Besonderen, letztendlich die gesamte Landespolitik. Wo werden Akzente gesetzt, welche Weichenstellungen für die Zukunft vorgenommen?

Die Weltwirtschaftskrise mag statistisch betrachtet dem Ende zugehen, die Rahmenbedingungen für den Landesetat jedoch bleiben kritisch. Der immer noch schwächelnden Wirtschaft muss mit Konjunkturspritzen auf die Beine geholfen werden. Das betrifft den Standort Bochum für Opel, aber auch und vor allem die vielen mittelständischen Unternehmen, bei denen das Gros der Menschen Beschäftigung findet. Ebenso geht es um die Zukunft der Westdeutschen Landesbank, der eine erneute staatliche Bürgschaft gerade das Überleben sicherte. Auch die Zukunftsfelder Bildung und Ausbildung bedürfen einer detaillierten Betrachtung. Die Frage nach Lehrerstellen und deren Besetzung beschäftigte 2009 oft genug den Landtag. Aktuell – nach entsprechenden Protesten der Studierenden – steht die Lage an den Hochschulen und Fachhochschulen auf der Tagesordnung.

Ein Schlüsselthema: der Klimaschutz. Wie Energie produzieren, wie Energie sparen? Entscheidende Fragen für das Energieland Nordrhein-Westfalen. Neben Bund und Land vom Wirtschafts- und Steuerrückgang

betroffen: die Städte und Kreise. Daher kommt sowohl dem Gemeindefinanzierungsgesetz eine besondere Bedeutung zu als auch der Diskussion über die Verteilung der Folgekosten der deutschen Einheit.

FINANZIELLE SPIELRÄUME UND PRIORITÄTEN

Der derzeitige Schuldenstand macht das Geldverteilen nicht einfacher. Deshalb soll zukünftig die Haushaltskonsolidierung wieder stärker in den Mittelpunkt gerückt werden, erst recht vor dem Hintergrund der zwischen Bund und Ländern abgesprochenen Schuldenbremse. Danach soll für die Länder ab 2020 ein komplettes Verbot der Neuverschuldung gelten; erste Schritte sind ab 2011 vorgesehen. Finanzielle Spielräume eröffnen Gestaltungsmöglichkeiten in den verschiedensten Politikbereichen. Werden sie eng, muss um Prioritätensetzung gerungen werden.

Nicht zuletzt deshalb ist die Verabschiedung des Haushalts die „Königsdisziplin“ des Parlaments. Der Souverän – die Volksvertretung – nimmt die Regierungsvorlage genau unter die Lupe. Nach gründlicher Beratung in allen Fachausschüssen des Landtags fokussiert sich der politische Schlagabtausch in aller Öffentlichkeit im Plenum. Die letzten Wochen des Jahres: eine wichtige Zeit.

CW



Schwerpunkt: Landshaushalt 2010

Genau hingeschaut 6-11

Generaldebatte zur 3. Lesung 12-13

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die VVA Kommunikation GmbH · Abo- und Leserservice · Postfach 105153 · 40042 Düsseldorf · Sabrina Gebhard · Telefon: (0211) 7357-155 · Fax: (0211) 7357-891 · E-Mail: leserservice@vva.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

Inhalt

Aus dem Plenum:

Polizei: Zukunft der Sicherheit	3
Nachtragshaushalt: Eine Frage des Geldes	4
Arbeit: „Brücke für Beschäftigung“	5
Aus den Ausschüssen:	
Justiz: Einzelfall oder Pannenserie	17
Meldungen	18
Umwelt: „Wasser ist keine übliche Handelsware“	19
Generationen: Lauter Lebenserfahrung	22

Im Zeichen der Wirtschaftskrise 14-15

Gesetzgebung..... 16

Aus den Fraktionen20-21

Porträt: Stefanie Wiegand (SPD) 23

Impressum 23

Termine..... 24

Zukunft der Sicherheit

Entwurf für neues Polizeigesetz stößt im Landtag auf geteiltes Echo

2. Dezember 2009 – Mit Änderungen im Polizeigesetz will die Landesregierung von CDU und FDP die Polizeiarbeit in Nordrhein-Westfalen an die sich wandelnden Aufgaben und Anforderungen bei der Kriminalitätsbekämpfung anpassen. Der Gesetzentwurf (Drs. 14/10089) sieht unter anderem neue Regelungen für verdeckte polizeiliche Ermittlungen vor. Daher soll in diesem Zusammenhang zugleich der Schutz privater Lebensräume im Polizeigesetz verankert werden. Während die Regierungsfractionen von CDU und FDP den Gesetzentwurf in der ersten Lesung unterstützten, kritisierten SPD und Grüne die Pläne. Ihnen gingen die neuen Regelungen in vielen Bereichen zu weit, in anderen nicht weit genug.

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) charakterisierte den Gesetzentwurf als ein „schlankes Gesetz“, das sich auf die notwendigen Maßnahmen der Polizeiarbeit konzentrierte und diese auf angepasste, rechtliche Grundlagen stelle. Mit den vorgeschlagenen Änderungen sei die Koalition von CDU und FDP auf dem „richtigen Weg“. Wolf hob zahlreiche Änderungen im Polizeigesetz hervor, so den neu eingeführten, generellen Schutz privater Lebensgestaltung bei verdeckten polizeilichen Ermittlungen (Kernbereichsschutz) wie auch die Regelungen zum „finalen Rettungsschuss“ für Polizeikräfte in besonderen Gefahrensituationen. Darüber hinaus betonte er, dass die Landesregierung die Polizeiarbeit jedoch nicht allein „über Paragraphen“, sondern auch personell stärken.

Als „realsatirischen Beitrag in der fünften Jahreszeit“ wertete Dr. Karsten Rudolph (SPD) die Rede des Innenministers. Außerdem handele es sich nach der „Bruchlandung mit der Online-Durchsuchung“ bei dem eingebrachten Gesetzentwurf lediglich um ein „Novellchen“, das vom christdemokratischen Regierungspartner allenfalls halbherzig unterstützt werde. Die schwarz-gelbe Landesregierung habe es versäumt, die Polizei in Nordrhein-Westfalen mit angemessenen Befugnissen bei der „präventiven Bekämpfung schwerster Verbrechen auszustatten“, kritisierte der Sozialdemokrat. Da sich die Landesregierung allzu sehr auf Kompetenzen des Bundeskriminalamts verlasse, entwickle sich Nordrhein-Westfalen zu einer „polizeilichen Provinz des Bundesinnenministers“.

Foto: Schälte

Für seine Fraktion begrüßte dagegen Theo Kruse (CDU) ausdrücklich den Gesetzentwurf: „Bei dieser Landesregierung bleibt die innere Sicherheit ein Markenkern.“ Zukünftig könne die Polizei „noch flexibler und schneller“ auf alle Formen der Kriminalitätsentwicklung sowohl präventiv als auch exekutiv reagieren, erklärte der Christdemokrat. Schließlich sei es der Landesregierung gelungen, mit dem vorgelegten Entwurf die Befugnisse der Polizei weiterzuentwickeln und die notwendigen Voraussetzungen für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Kruse hob hervor, dass nach 20 Jahren erstmals wieder die öffentliche Ordnung im Polizeigesetz verankert werde. Damit erhalte die Polizei dieselben Kompetenzen wie die kommunalen Ordnungsbehörden.

„Nordrhein-Westfalen ist unter Schwarz-Gelb nachweislich sicherer geworden“, unterstrich Horst Engel (FDP) und führte beispielhaft an, dass bei der Straßenkriminalität die landesweiten Fallzahlen um sieben Prozent gesunken seien. Diese erfreuliche Entwicklung sei dem Motto der Landesregierung „Mehr fahnden, weniger verwalten“ zu verdanken. Zugleich habe die Landesregierung die Polizei in NRW auch finanziell gestärkt, denn Sicherheit sei „nicht zum Nulltarif“ zu haben. Mit den geplanten Änderungen habe Nordrhein-Westfalen das „liberalste Polizeigesetz im Bundesgebiet“, lobte Engel, denn an erster Stelle gehe es darum, Freiheits- und Bürgerrechte zu schützen. Zugleich mache der Gesetzentwurf deutlich: „Unser Land steht hinter seiner Polizei.“

„Auf kleinstem gemeinsamen Nenner“ sei der vorgelegte Gesetzentwurf der schwarz-gelben Landesregierung entstanden, kritisierte Monika Düker (Grüne). Die geplanten Änderungen zur Stärkung der Polizeiarbeit seien außerdem unvollständig, da die Regierungskoalition eine Überarbeitung des Verfassungsschutzgesetzes nicht berücksichtigt habe, meinte Düker. Zugleich sei bei vielen Änderungen zu fragen, ob diese notwendig seien. So sei etwa beim „Finalen Rettungsschuss“ kein aktueller Regelungsbedarf gegeben. Des Weiteren kritisierte Düker, dass die öffentliche Ordnung wieder im Polizeigesetz verankert werden solle. Die Polizei habe andere Aufgaben, „als Wildpinkler in der Altstadt zu kontrollieren“; dies sei vielmehr Sache der kommunalen Ordnungsbehörden. SW

Der Landtag hat den Gesetzentwurf (Drs. 14/10089) federführend an den Innenausschuss und mitberatend an den Rechtsausschuss überwiesen.

Eine Frage des Geldes

Landtag stellt mit 2. Nachtragshaushalt 2009 Weichen für die WestLB

3. Dezember 2009 – Mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2009 schaffte der Landtag die Grundlage für eine Neuausrichtung der Westdeutschen Landesbank. Sie soll nach Plänen der Landesregierung aufgeteilt werden in eine „Kernbank“ und eine „Abwicklungsbank“, in der die risikoreichen Papiere gebündelt werden sollen. Die neu zu tragenden Risiken oberhalb des bereits bestehenden Garantierahmens von 5 Milliarden Euro sollen dabei anteilig zwischen den Eigentümern aufgeteilt werden. Dazu wird in Zukunft neben Land und Sparkassenverbänden auch der Bund gehören. Ein zweiter großer Punkt des Nachtragshaushalts war die Frage der finanziellen Beteiligung der Kommunen an den Einheitslasten. Hier sind Gutachter zu unterschiedlichen Ergebnissen gelangt: Mal soll das Land Geld von den Kommunen erhalten, mal umgekehrt. Mit den im 2. Nachtrag 2009 veranschlagten 251 Millionen Euro stellt das Land den Kommunen zur Abrechnung der Einheitslasten für die Jahre 2006 - 2008 insgesamt 901 Millionen Euro bereit; davon waren bereits 650 Millionen Euro als Abschlagszahlungen zu Lasten des Haushalts 2007 geleistet worden.

Mit dem zweiten Nachtragshaushaltsgesetz, so **Christian Weisbrich** (CDU), werde die Landesregierung ermächtigt, die verhandelte Lösung zur Aufspaltung der WestLB in eine „schlagkräftige und erfolgreiche Kernbank“ und eine „Bad Bank“ umzusetzen. Der Bund erhalte maximal 49 Prozent der Stimmen im Aufsichtsrat; die Sparkassen bekämen durch die Begrenzung ihrer Haftung mehr Sicherheit. Eine „optimale Lösung“ für Kommunen und Land sei der Vorschlag des Finanzministers zur Abwicklung der Einheitslasten. Gleiches gelte auch für die Umsetzung des Konjunkturpakets II: Hier erhielten die Kommunen in NRW als einzigem Bundesland 84 Prozent statt der bundesrechtlich vorgegebenen 75 Prozent der Konjunkturmittel.

„Besser ein Ende mit Schrecken“, bilanzierte **Hans-Willi Körfges** (SPD) und verwies darauf, dass beim „Sanierungsfall“ WestLB das Land Nordrhein-Westfalen immerhin Garantien von 9,5 Milliarden Euro gewähre. Das seien 17,3 Prozent des Landeshaushalts. Keine „Ju-

belbaustelle“ sei auch die Abwicklung der Einheitslasten. Hier gehe es nicht um eine gerechte Rückerstattung an die Kommunen, sondern im Kern darum, nicht die Höchstgrenze bei der Neuverschuldung aus 2004 zu reißen. Die gewählten Berechnungsverfahren wären nicht durchschaubar, sondern im Gegenteil „rein willkürlich kommunalfeindlich“ so gewählt, dass sich das „bestmögliche Ergebnis zugunsten der Landesseite“ ergebe.

Ein „Durchbruch“, so **Angela Freimuth** (FDP), sei die Lösung für die WestLB. Im Gegensatz zu den vorangegangenen Rettungsaktionen bedeute diese Maßnahme eine „echte“ strukturelle Verbesserung auch mit Blick auf die Umsetzung der Auflagen der EU-Kommission. Die WestLB habe ohne eine Zuführung von Eigenkapital „über Wasser gehalten“ werden können. Dass die Sparkassen ihren Anteil in jährlichen Raten über die nächsten 25 Jahre erbringen dürften, werde deren Belastung sehr gering halten. Freimuth kündigte an, die Abrechnung der Einheitslasten

werde auf der Grundlage eines eingebrachten Gesetzentwurfs „im Sinne eines fairen Interessenausgleichs“ Anfang 2010 erörtert.

„Mehr Bescheidenheit und Demut“ empfahl **Horst Becker** (Grüne) den Regierungsfractionen. Hinsichtlich der WestLB hätten Land und Sparkassen einen Rettungsschirm von 17 Milliarden Euro aufgespannt. Und der „unerwartete Verlust“ könne ja immer noch eintreten. Im Übrigen habe die Regierung dem Landtag die Rahmenbedingungen der Garantien bislang nicht mitgeteilt, die Rechte der Abgeordneten würden „massiv“ gebrochen. Bei der Berechnung der Einheitslasten sei kein wirklicher Kompromiss zustande gekommen; eine Klage der Kommunen sei möglich. Die Regierung wolle sich wohl in Hinsicht auf die Landtagswahlen den Haushalt mit der Schuldenobergrenze von 6,8 Milliarden Euro „sauber“ halten.

„Wir haben ‚nur‘ Garantien gegeben und nie Kapital in die Finger genommen“, sagte **Finanzminister Helmut Linssen** (CDU). Er betonte mit Blick auf die WestLB, in anderen Landesbanken sei viel Geld „verbrannt“ worden. In NRW jedenfalls sollten die geplanten Reformmaßnahmen bis zum 18. Dezember stehen. Hinsichtlich der Abrechnung der Einheitslasten verwies der Minister darauf, dass ein Gutachten von einer Forderung des Landes an die Kommunen von einer Milliarde Euro spreche, ein anderes umgekehrt den Kommunen 1,2 Milliarden Euro zubillige. Nun wolle das Land 901 Millionen Euro geben. Eine „exzellente Lösung zugunsten der Kommunen“, fand der Minister. Diese sähen das meistens auch so. *cw*

Der zweite Nachtragshaushalt 2009 (Drs. 14/9380 sowie die Ergänzungen 14/9510, 14/9910 und 14/10080) wurde vom Landtag mit Mehrheit von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen angenommen. Er umfasst die Umsetzung der Steuerschätzung vom Mai, die haushaltsrechtliche Garantiestruktur für die WestLB sowie die Abrechnung der Finanzierungsbeteiligung der Kommunen an den Lasten der deutschen Einheit für die Jahre 2006 bis 2008.



Vier Frauen für vier Männer

Vier Frauen verpflichtete Landtagspräsidentin Regina van Dinker als neue Abgeordnete (von links): Die Grundschullehrerin Helen Weidenhaupt (SPD), die Sozialpädagogin Claudia Middendorf (CDU), die Realschullehrerin Marie-Theres Ley (CDU) sowie die Kunsthistorikerin Dr. Ute Dreckmann (FDP) rückten für die Abgeordneten Dr. Gero Karthaus (nun Bürgermeister von Engelskirchen), Rudolf Henke, Thomas Jarzombek und Christian Lindner (nun alle Mitglied des Bundestags) nach. Foto: Schälte

Foto: Schälte

„Brücke für Beschäftigung“

Keine Mehrheit für verlängerte Förderung der Altersteilzeit

2. Dezember 2009 – Um die Wirtschaftskrise zu überwinden, seien auf dem Arbeitsmarkt weiterhin „besondere Maßnahmen“ erforderlich, findet die SPD-Fraktion. Sie fordert in einem Antrag (Drs. 14/10141), die Förderung der Altersteilzeit für weitere fünf Jahre zu verlängern, da so „eine Beschäftigungsbrücke über die Krise“ geschlagen werden könne. Die Landesregierung müsse sich für entsprechende Pläne im Bundesrat starkmachen. Die Grünen meinen dagegen in einem Entschließungsantrag (Drs. 14/10355), der Bund müsse neue Möglichkeiten für einen flexiblen Übergang von der Erwerbstätigkeit in den Ruhestand schaffen. Beide Anträge stießen bei den Regierungsfractionen von CDU und FDP auf Ablehnung.

Die Altersteilzeit komme Jüngeren und Älteren zugute, erklärte **Rainer Schmeltzer** (SPD). „Durch die Altersteilzeit schaffen wir für die Älteren einen Anreiz, länger zu bleiben, und wir geben ihren Arbeitgebern einen Anreiz, ihnen nicht zu kündigen.“ Außerdem ermögliche die Altersteilzeit jungen Menschen den Einstieg ins Berufsleben. Das Programm koste zwar Geld – „aber was würde es kosten, wenn Älteren gekündigt wird? Was würde es kosten, wenn jüngere Menschen keinen Ausbildungsplatz finden oder nach erfolgreicher Ausbildung keine berufliche Perspektive erhalten?“ Wer Steuerversprechen auflege in Form von Steuerentlastungen für Erbschaften, für Unternehmen, für Hotelketten, müsse auch dafür eintreten, sinnvolle Arbeitsmarktinstrumente zu finanzieren.

Der Antrag der SPD sei „nicht konsequent und nachvollziehbar“, meinte **Bernhard Tenhumberg** (CDU). Schließlich hätte die SPD auf Bundesebene entsprechende Vorschläge der Linkspartei abgelehnt. Auch wenn die derzeitige Förderung der Altersteilzeit auslaufe, werde über die Befreiung des Aufstockungsbetrags von Steuern und Sozialabgaben auch weiterhin eine erhebliche staatliche Förderung gewährleistet. Zudem hätten die Tarifpartner branchenbezogene Alternativen zur bisherigen Regelung gefunden. Der SPD-Antrag sei deshalb ebenso wie der Entschließungsantrag der Grünen abzulehnen. „Man darf nicht im-

mer nach dem Staat rufen, sondern man sollte die Eigeninitiative der verantwortungsbewussten Sozialpartner stärker einfordern“, betonte **Tenhumberg**.

Über die „Hintertür der Altersteilzeit“ wolle die SPD die Rente mit 67 nun für ihre „traditionellen Wähler“ erträglicher gestalten, vermutete **Dr. Stefan Romberg** (FDP). Von dem heutigen Modell würden jedoch nicht körperlich hart arbeitende Menschen, sondern überwiegend Büroangestellte profitieren. Zudem sei die Altersteilzeit von Jahr zu Jahr teurer geworden, bemängelte der Liberale. Es habe sich herausgestellt, „dass Altersteilzeit im Durchschnitt zwei Jahre früher Rente bedeutet als bei anderen Arbeitnehmern“. Dies könne angesichts der demografischen Entwicklung nicht wünschenswert sein. Rombergs Fazit: „Wenn man eine sozial verantwortliche Arbeitsmarktpolitik betreiben will, bleibt einem nichts anderes übrig, als den Antrag der SPD abzulehnen.“

Für **Barbara Steffens** (Grüne) klappte Anspruch der Altersteilzeit und die Realität auf dem Arbeitsmarkt auseinander. Zum einen nehme mit 10 Prozent nur ein Teil der ursprünglich avisierten Gruppe von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern das Modell in Anspruch. Zum anderen werde nur ein geringer Teil der Stellen – 30 bis 40 Prozent – mit jungen Menschen neu besetzt. Die gegenwärtig praktizierte

Altersteilzeit habe sich somit als unzureichend erwiesen. Die Grünen könnten den Antrag der SPD daher nicht unterstützen. Vor diesem Hintergrund fordere ihre Fraktion, „eine gesetzliche Möglichkeit zu schaffen, die einen flexiblen Übergang zwischen Erwerbsleben und Ruhestand ermöglicht, aber die Frühverrentungsschiene, die jetzt überwiegend genutzt wird, auszuschließen.“

Der Vorruhestand sei in NRW lange Zeit dazu nicht genutzt worden, jüngere Menschen einzustellen, sondern um den Personalabbau auf Kosten der Sozialkassen zu organisieren, warnte **Arbeitsminister Karl-Josef Laumann** (CDU). Aktuell fördere die Bundesagentur für Arbeit 20 Prozent aller Altersteilzeitverträge und stelle dafür 1,3 Milliarden Euro bereit. Laumann bekräftigte, dass die Förderung für Blockmodelle, wie vorgesehen, Ende des Jahres auslaufen solle, und forderte, dass die Tarifvertragsparteien zu einem gleitenden Übergang in den Ruhestand übergehen sollten. „Was bleibt, ist die Förderung der Altersteilzeit über Steuern und über Beiträge“, betonte der Minister.

SW

CDU, FDP und Grüne lehnten den Antrag der SPD (Drs. 14/10141) ab. Gegen den Entschließungsantrag der Grünen (Drs. 14/10355) stimmten CDU und FDP bei Enthaltung der SPD.

Genau hingeschaut

Landeshaushalt in zweiter Lesung: Parlament prüft Einzelpläne im Detail

2./3. Dezember 2009 – Das große Ganze – den Landeshaushalt 2010 mit einem Etat von 53,3 Milliarden Euro – nahmen die Abgeordneten in zweiter Lesung detailliert unter die Lupe. Nach den Finanzberatungen in den Fachausschüssen debattierten sie auch im Plenum über die Einzelpläne des Entwurfs. Die oft kontroversen Diskussionen verdeutlichten die unterschiedlichen Ansichten der Fraktionen zum Haushaltsgesetz (Drs. 14/9700), zum Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG, Drs. 14/9702) und zur mittelfristigen Finanzplanung (Drs. 14/9701). Die Regierungsfractionen von CDU und FDP charakterisierten den Etat als wichtigen und erforderlichen Wegweiser, um das Land aus der Wirtschaftskrise zu führen. Die Oppositionsfractionen von SPD und Grünen hingegen äußerten scharfe Kritik, da der Landeshaushalt in vielen Bereichen nicht die richtigen Schwerpunkte setze. Die Opposition stellte insgesamt 131 Änderungsanträge zur Abstimmung, erhielt für ihre Vorschläge jedoch keine parlamentarische Mehrheit.

GEMEINDEFINANZIERUNGSGESETZ (GFG)

„Landauf, landab brechen in den allermeisten der 396 Kommunen Nordrhein-Westfalens die Haushalte zusammen“, meinte **Ralf Jäger** (SPD) zum vorgelegten Entwurf. Ein „Raubzug“ der schwarz-gelben Landesregierung durch die kommunalen Kassen führe nicht nur dazu, dass Bäder, Theater und Bibliotheken geschlossen werden müssten. Es sei eine derartige Überschuldung eingetreten, dass in vielen Kommunen die Rathäuser, Schulen, Kindergärten inzwischen den Banken gehörten.

Trotz Wirtschaftskrise und Rückgang der verteilbaren Finanzmasse erhielten die Gemeinden im kommenden Jahr die nach 2009 zweithöchsten Zuweisungen, betonte **Rainer Lux** (CDU). Damit seien diese gegenüber dem letzten Haushaltsplan von Rot-Grün um 16 Prozent gestiegen. Die schwierige Finanzsituation sei insbesondere einem Einbruch bei der Gewerbesteuer geschuldet. Das Land sei verlässlicher Partner der Kommunen, müsse aber nicht für alle Fehlbeträge aufkommen.

„Die Gewerbesteuer ist die unbeständigste und damit gefährlichste Einnahmequelle in unserem gesamten Steuersystem“, warnte auch **Horst Engel** (FDP). Sie sei hauptverantwortlich für den

aktuellen Kollaps der kommunalen Finanzen und müsse durch eine „Kommunalsteuer“ als Zuschlag zur Einkommens- und Körperschaftsteuer ersetzt werden. Engel prangerte auch an, einzelne Kommunen seien finanzielle Risiken eingegangen, die sie an den Rand des Ruins getrieben hätten.

„90 Prozent der Kommunen sind nicht mehr in der Lage, Einnahmen und Ausgaben in Ausgleich zu bringen“, so **Horst Becker** (Grüne). Die Landeseinnahmen seien seit 2005 zwar um 30 Prozent gestiegen, die Zuweisungen an die Kommunen aber nur um 16 Prozent. Das Land habe diese über die Einheitslasten faktisch um 1,17 Prozent gesenkt und den Kommunen über die Grunderwerbsteuer, die Zuschüsse zu Krankenhausinvestitionen sowie zur Schülerbeförderung 310 Millionen Euro weggenommen.

„Dieses GFG ist ein kommunalfreundliches GFG“, erklärte **Innenminister Dr. Ingo Wolf** (FDP). Es gebe den Kommunen Planungssicherheit. Im übrigen überweise man mit 7,6 Milliarden Euro nicht nur den zweithöchsten Betrag überhaupt, sondern auch mit dem Kinderbildungsgesetz deutlich höhere Mittel an die Kommunen. Des Weiteren sei ein Wert von 86 Prozent frei verfügbarer Zuweisungsmittel „absolut top“. Außerdem setze man das Konjunkturpaket II des Bundes „vorbildlich“ um.

INNEN UND VERWALTUNGSSTRUKTUREREFORM

Die Regierung habe seit 2005 Stellen bei der Polizei abgebaut und die Polizistinnen und Polizisten dann auch noch wegen verstärkter Verwaltungsarbeit auf Streife geschickt, kritisierte **Dr. Karsten Rudolph** (SPD). Er forderte eine „bürgernahe Polizei“ sowie eine verstärkte Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

Die schwarz-gelbe Regierung habe Innere Sicherheit gestaltet, fasste **Theo Kruse** (CDU) seine Sicht zusammen. Der Personalabbau sei gestoppt und die Verjüngung der Polizei eingeleitet worden. Eine „Hilfspolizei“ für Nordrhein-Westfalen fordere die CDU nicht. Verstärkt investiere man in den Katastrophenschutz.

Auch **Horst Engel** (FDP) hob hervor, man habe seit 2005 die Ausgaben für die Polizei auf über 2,5 Milliarden Euro pro Jahr erhöht, Stellen erhalten und ab 2008 die jährlichen Einstellungszahlen verdoppelt. Engel wandte sich aber auch gegen eine massive Beschneidung von Rechten sowie schrankenlose Eingriffsbefugnisse.

Es sei kein Zeichen liberaler Innenpolitik, gerade beim Datenschutz Stellen zu kürzen, kritisierte **Monika Düker** (Grüne). Die Polizei in NRW sei in einem „desaströsen“ Zustand. Aufgrund der kommenden Pensionierungswelle befürchtete die Grünen-Sprecherin gerade bei der Kriminalpolizei einen Kompetenzverlust.

„841 Stellen, von Ihnen zum Abschuss freigeben; wir haben sie belassen.“ Laut **Innenminister Dr. Ingo Wolff** (FDP) habe man bei der Polizei statt 500 Personen 1.100 pro Jahr eingestellt, um die demografiebedingten Probleme auszugleichen. Gleichzeitig habe man die flachste Hierarchie in Deutschland geschaffen.

SPORT

„Eine dreiste Nummer“, meinte **Hans-Theo Peschkes** (SPD) zur Sportpolitik der Landesregierung. Erst würden die Mittel für den Sport zusammengestrichen, dann die Kürzungen durch Anträge in letzter Minute rückgängig gemacht. Die strukturellen Defizite blieben, Planungssicherheit sei nicht gegeben.



Ralf Jäger (SPD)

Rainer Lux (CDU)

Horst Engel (FDP)

Horst Becker (Grüne)

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP)



Ute Schäfer (SPD)

Bernhard Recker (CDU)

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)

Sigrid Beer (Grüne)

Schulministerin Barbara Sommer (CDU)

Seit 2005 umfasse der Landessportplan 31 Millionen Euro mehr, konterte **Holger Müller** (CDU). Die sportpolitische Bilanz von 2006 bis 2010 umfasse fünf neue NRW-Sportschulen, das Sportstättenfinanzierungsprogramm, die konstante Sportpauschale und eine seit 2007 unveränderte Jugendbetreuersportpauschale.

„NRW ist das Sportland Nummer eins in Deutschland“, so **Christof Rasche** (FDP). FDP und CDU hätten die Mittel im Landessportplan seit 2005 um 25 Prozent erhöht. Mit dem LandesSportBund habe die Landesregierung das „Bündnis für den Sport“ aufgelegt. Außerdem habe man die Bedingungen für den Leistungssport verbessert.

„Sie haben soeben noch einmal die Kurve gekriegt“, erklärte **Ewald Groth** (Grüne). Der LandesSportBund habe jedoch „wieder zittern“ und Kürzungen von 2,1 Millionen Euro befürchten müssen. Der Grünen-Sprecher forderte Planungssicherheit sowie eine Stärkung des Verbundsystems von Schule und Leistungssport.

„Wenn Geld fehlt, dann muss nach einem Ausgleich gesucht werden, und das haben wir geschafft“, antwortete **Minister Dr. Ingo Wolf** (FDP). Der zunächst niedrigere Ansatz für den LandesSportBund basiere auf Haushaltssystematik. Seit 2005 habe man die Ausgaben für Sport von 52,4 auf 57,5 Millionen Euro erhöht.

SCHULE UND WEITERBILDUNG

Für „verhaftet im bildungspolitischen Gestern“ hielt **Ute Schäfer** (SPD) die Schulpolitik der Landesregierung, die am mehrgliedrigen Schulsystem festhalte. Größte Fehler seien die „dilettantische“ Umsetzung des Turbo-Abiturs, die Pannen beim Zentralabitur und das gebrochene Versprechen einer „Unterrichtsgarantie“.

Rund 325.000 Ganztagsplätze werde man mit diesem Haushalt schaffen, versprach **Bernhard Recker** (CDU); 254.000 mehr als bei Regierungsübernahme. Neben dieser Steigerung habe die Landesregierung die Zahl großer Klassen wie auch den Unterrichtsausfall deutlich verringert. Ebenso bemühe man sich um neue Lehrkräfte.

Gut 2 Milliarden Euro mehr gäben FDP und CDU seit 2005 für Schule und Bildung aus, so **Ingrid Pieper-von Heiden** (FDP). Der Bildungsetat betrage 37,1 Prozent des Haushalts, NRW sei „Spitzenreiter“ in Deutschland. Im Vergleich zu 2005 werde die Landesregierung im nächs-

ten Jahr 8.124 Lehrerstellen neu geschaffen haben.

Der Löwenanteil der gestiegenen Personalkosten entfalle auf höhere Pensionskosten, erklärte **Sigrid Beer** (Grüne). Neu geschaffen würden 2010 allerdings nur 927 Gymnasialstellen. Sie forderte mehr Investitionen in frühkindliche Bildung, in Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte und in die Durchlässigkeit des Schulsystems.

Der Gesamthaushalt sinke, der Schuletat wachse, so **Schulministerin Barbara Sommer** (CDU). Zusätzliche Lehrkräfte bedeuteten im nächsten Schuljahr: pro Lehrstelle im Durchschnitt zwei Schüler weniger als unter Rot-Grün. Im Vergleich zu 2005 gebe es 291.000 neue Ganztagsplätze und mehr Mittel für Lehrerfortbildung.

INNOVATION, WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE

Die Landesregierung, so **Karl Schultheis** (SPD) verliere bei den Hochschulen an Überblick und Gestaltungsmöglichkeiten. Dies zeigten auch die aktuellen Studentenproteste. Fast die Hälfte der zusätzlichen Mittel von 600 Millionen Euro für 2010 komme aus den Studiengebühren.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) erwiderte, die Hochschulen könnten heute freier handeln. Die Fachaufsicht liege nicht mehr im Ministerium, sondern bei den Hochschulen, die nun zudem fünf Jahre Planungssicherheit hätten. Dazu gehöre auch die Möglichkeit, Studienbeiträge zu erheben.

Entgegen der allgemeinen Haushaltsentwicklung stiegen die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung um 3,8 Prozent auf über 5,8 Milliarden Euro, betonte **Dr. Ute Dreckmann** (FDP). Trotz Studiengebühren nähmen in NRW in diesem Wintersemester mehr junge Menschen ein Studium auf als je zuvor.

Die Studierenden müssten die Folgen einer „undurchdachten“ Bologna-Reform ausbaden, kritisierte **Dr. Ruth Seidel** (Grüne). Sie bemängelte Bürokratie für die Lehrenden, eine Reglementierung des Studienablaufs und eine Verdichtung der Prüfungsprozeduren. Die Studiengebühren müssten abgeschafft werden.

Die „chronische“ Unterfinanzierung der Hochschulen sei überwunden, meinte **Wissenschafts-**

minister Dr. Andreas Pinkwart (FDP). 2010 gebe es 25 Prozent mehr Mittel als 2005. Die Opposition habe damals für Langzeitstudierende Studiengebühren eingeführt, diese dann aber beim Finanzminister abgeliefert.

GENERATIONEN UND FAMILIE, KINDER UND JUGEND

Das Land erwarte von den Kommunen, Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren (U3) zu schaffen, gebe aber nicht die dafür notwendigen Mittel, kritisierte **Britta Altenkamp** (SPD). Dafür könne man etwaige Rückflüsse aus dem KiBiz verwenden, die im Haushalt mit 4,5 Millionen Euro verbucht würden.

Im Jahr 2010 werde es über 100.000 U3-Plätze geben, kündigte **Marie-Theres Kastner** (CDU) an. Auch die Tagesbetreuung der Kinder bis sechs Jahren werde im Haushalt berücksichtigt. Verlässliche Förderung gebe es auch für Familienzentren, die Sprachförderung sowie den Kinder- und Jugendförderplan.

Auch **Dr. Ute Dreckmann** (FDP) unterstrich, frühkindliche Bildung sei ein Schwerpunktthema. Mit 1,2 Milliarden Euro stelle NRW für die Betreuung seiner Kleinsten mehr Geld als jedes andere deutsche Bundesland zur Verfügung. Nun wolle man die beschlossene „Platzgarantie ab zwei“ gesetzlich verankern.

„Mehr Geld für reiche Kinder“ – Ministerpräsident Rüttgers kritisiere diese Pläne der neuen Bundesregierung nicht, bemerkte **Andrea Asch** (Grüne). Schwarz-Gelb verschärfe mit Zuspruch der Landesregierung die Kinderarmut. Das Statistische Bundesamt belege: NRW sei bei U3-Plätzen Schlusslicht.

„Das ist der Gewinnerhaushalt“, betonte **Familienminister Armin Laschet** (CDU) und verwies auf mittlerweile 1.750 Familienzentren im Land sowie „gigantische Steigerungen“ für die Bildung von Kindern und Jugendlichen. Deshalb könne das Land den Kommunen dafür Zuschüsse von 35 Prozent gewähren.

FRAUEN

Die Regierung kürze bei den Ehe- und Lebensberatungsstellen, Frauenberatungsstellen und Frauenhäusern, erklärte **Ulla Meurer** (SPD). Damit trage sie „Verantwortung dafür, dass im

letzten Jahr in NRW mehr als 5.000 Frauen und ihre Kinder, die vor häuslicher Gewalt flohen, abgewiesen werden mussten“.

Das Ziel der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen sei nur auf dem Weg „schrittweiser Erfolge“ zu erreichen. Daher zeigt sich **Maria Westhorstmann** (CDU) zufrieden mit den Impulsen im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Chancengleichheit sowie der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen.

Mit ihrer Frauenpolitik sei die Landesregierung sehr nahe bei den Bedürfnissen der Frauen, ergänzte **Ingrid Pieper-von Heiden** (FDP). Als Aufgabe aller Ressorts werde sie in den entsprechenden Haushaltsansätzen umgesetzt. Besonders hervor hob die FDP-Sprecherin die Unterstützung von Familien.

Der Haushalt 2010 untermauere die Vorreiterrolle Nordrhein-Westfalens in der Integrations- und Entwicklungspolitik, so **Dr. Ute Dreckmann** (FDP). Von den Neugeborenen in NRW hätten 35 bis 40 Prozent eine Zuwanderungsgeschichte. Daher müsse Nordrhein-Westfalen das Land „neuer Integrationschancen“ bleiben.

Der Haushaltsentwurf sei ein Beleg für nicht ausreichende Integrationsanstrengungen, meinte dagegen **Andrea Asch** (Grüne). So hätten sich von 2005 bis 2010 die Ausgaben für Integration halbiert. Auch sei kein Teil dieser Einsparungen in eine Aufstockung der freiwilligen Leistungen überführt worden.

Integrationsminister Armin Laschet (CDU) entgegnete, mit den 26,2 Millionen Euro könne über bewährte Programme etwa die Arbeit der 126 In-

ten Fragen. Es gelte, ein gemeinsames Vorgehen von Regierung und Parlament auszuloten. Sie kritisierte eine Steigerung der Personalausgaben um 20 Prozent in der Staatskanzlei sowie „exorbitante“ Beratungskosten.

Die Staatskanzlei sei um 10 Prozent verkleinert worden, erklärte **Europaminister Andreas Krautscheid** (CDU). Wenn man den Kulturretat abziehe, verringere sich der Etat der Staatskanzlei um 9,3 Millionen Euro. Dagegen wolle man die wichtigen europapolitischen Aktivitäten um 250.000 Euro verstärken.

KULTUR

Das Engagement der Kommunen drohe aufgrund der Finanznot deutlich zurückzugehen,



Die Landesregierung, so **Barbara Steffens** (Grüne), bringe Frauen um ihnen zustehende Rechte. So sehe dieser Haushalt keine verbindliche Finanzierung für Frauenhäuser vor. Außerdem kritisierte sie zu geringe Möglichkeiten einer ärztlichen Versorgung in Schwangerschaftskonflikt-Beratungsstellen.

Frauenminister Armin Laschet (CDU) erklärte, man wolle dem Problem der bestehenden Lohn Differenz zwischen Männern und Frauen sowie den Nachteilen durch Berufsunterbrechung begegnen. Jede Frau, die es wünsche, finde zu jeder Zeit in einem Frauenhaus Schutz und Hilfe, betonte der Frauenminister.

INTEGRATION UND EINE-WELT

„Im Wesentlichen hat es Kürzungen gegeben“, fasste **Renate Hendricks** (SPD) zusammen. Zwar herrsche fraktionübergreifende Einigkeit, dass für die Bekämpfung von Hunger und Armut in der Welt sowie die Bewältigung des Klimawandels mehr getan werden müsse. Dieses Ziel schlage sich jedoch nicht im Haushalt nieder.

Michael Solf (CDU) begrüßte, in den Bereichen Integrations- und Entwicklungshilfe liege ein Haushalt vor, der die erfolgreiche Arbeit der letzten Jahre fortsetze. Dies umfasse die Förderung von Sprache und Bildung, der kommunalen Integrationsarbeit sowie die Stärkung der Migranten-Selbstorganisation.

tegrationsagenturen gesichert werden. Mit der „Bonner Konferenz“ am wichtigen UN-Standort habe man sich auch in der Entwicklungspolitik profilieren können.

STAATSKANZLEI UND EUROPA-ANGELEGENHEITEN

Anstatt wie in anderen Bereichen zu sparen, gebe es in diesem Einzelplan einen Zuwachs von 25 Stellen im höheren Dienst, kritisierte **Wolfram Kuschke** (SPD). Für die Europafähigkeit des Landes seien eindeutige Absprachen zwischen Landesregierung und Parlament in Bezug auf Information und Beteiligung notwendig.

In der Staatskanzlei würden weitere sechs Stellen abgebaut, hielt **Ilka von Boeselager** (CDU) entgegen; das seien insgesamt 53 eingesparte Stellen seit 2005. In puncto Europa verwies sie auf eine stärkere Zusammenarbeit mit anderen europäischen Staaten sowie eine leistungsfähige Vertretung in Brüssel.

Dietmar Brockes (FDP) unterstrich die Bedeutung der Europapolitik, gerade nach dem Inkrafttreten des EU-Reformvertrags. Beispiele seien der Ausbau der Landesvertretung in Brüssel, die Förderung der Europafähigkeit der Schulen sowie der Euregios. Auch stehe die Fortführung der Strukturpolitik nach 2013 an.

Sylvia Löhrmann (Grüne) betonte, in der Europapolitik gebe es einen größeren Konsens als in ande-

warnte **Claudia Scheler** (SPD) und befürchtete Kürzungen bei Theatern oder Kulturprojekten. Notwendig sei ein Pakt für Kultur. Die Ausgaben des Landes stünden in keinem Verhältnis zu dem, was die Kommunen noch leisteten.

„Wir haben den Kahlschlag der früheren Landesregierung beendet“, erklärte **Prof. Dr. Thomas Sternberg** (CDU). Die schwarz-gelbe Landesregierung habe eine Verdoppelung des Kulturretats angekündigt und durchgesetzt. Grundlage für kulturelles Engagement sei die kulturelle Bildung in allen Altersstufen.

Angela Freimuth (FDP) bezeichnete musikalisch-kulturelle Vielfalt und die entsprechende Bildung der Kinder und Jugendlichen als wichtigen Teil der Kulturarbeit und als Voraussetzung für Kreativität und Innovation. Daher der Ausbau des Kulturförderetats auch in Zeiten wirtschaftlicher Krise.

Oliver Keymis (Grüne) forderte, die Situation der Kommunen als Hauptträger der Kultur zu verbessern. Die Aufstockung des Landesetats sei zu begrüßen, aber angesichts von mehreren Hundert Millionen Euro zum Beispiel für den Neubau von U-Bahnen seien 70 Millionen Euro mehr kein riesiger Sprung.

Medienminister Andreas Krautscheid (CDU) lobte dagegen die Erhöhung als „bemerkenswertes Ausrufzeichen hinter fünf Jahren erfolgreicher Kulturpolitik“ und verwies auf die Initiative „Jedem

Kind ein Instrument“, die Schnittstelle „Kultur und Tourismus“ und die Exzellenzinitiative für Kommunaltheater.

MEDIEN

Nicht kreativ genug sei die Landesregierung hinsichtlich der Sicherung des Medienstandorts NRW gewesen, so **Marc Jan Eumann** (SPD). So baue sie die Filmstiftung NRW nicht zu einem „modernen, schlagkräftigen, integrierten Förderinstrument“ auf, sondern kürze stattdessen die Mittel für Medienkompetenz.

Gegenüber 2009 stünden für Medien knapp 700.000 Euro mehr zur Verfügung, entgegnete **Thorsten Schick** (CDU). Heute gebe es mehrere Zentren für Film-, Funk- und Fernsehproduktion, Telekommunikation und Softwareentwicklung, ergänzt durch die neue Standortagentur für medienübergreifende Zusammenarbeit.

Nicht mehr die Knappheit der Übertragungswege, sondern die „nahezu unendliche Weite der neuen Möglichkeiten“ beflügelten für **Ralf Witzel** (FDP) den Umbruch in der NRW-Medienlandschaft. Man wolle keine „Erhaltungssubventi-

gab **Frank Sichau** (SPD) zu bedenken. Schwarz-Gelb habe damit sein Wahlversprechen aus 2005 nicht eingelöst. Folgen seien etwa Mängel im Jugendstrafvollzug sowie eine ungenügende Betreuung von Suchtkranken im Strafvollzug.

Die Landesregierung habe den von Rot-Grün bereits beschlossenen „massiven“ Stellenabbau 2005 gestoppt und dann auch noch neues Personal eingestellt, meinte dagegen **Harald Giebels** (CDU). Außerdem sei durch den Bau neuer Haftanstalten die Situation im Vollzug verbessert und die Belastung dort verringert worden.

Es sei besser, zwei Haftanstalten mit 500 Plätzen wirklich gebaut als zehn Jahre lang über sieben Haftanstalten mit 200 Plätzen diskutiert zu haben, argumentierte **Dr. Robert Orth** (FDP). Im Übrigen investiere die Landesregierung heute auch in Möglichkeiten, Häftlinge menschenwürdiger unterzubringen.

Eine „desolate“ Situation in vielen Haftanstalten beklagte **Monika Düker** (Grüne). Sie verwies auf zahlreiche Überstunden, „extrem“ hohe Krankenstände und eine Verschlechterung der Ausstattung im Erwachsenenvollzug. Dies betreffe zum Beispiel die Betreuung psychisch Auffälliger und Drogenabhängiger.

mittelständischen Unternehmen Bürgschaften und Darlehen gewährt.

Erfolgreiche Wirtschaftspolitik lasse sich nicht aus einem Haushaltsplan allein ablesen, meinte **Dietmar Brockes** (FDP). Zukunftsfelder wie die Bildungspolitik gehörten ebenso dazu. Mit Blick auf Opel warnte er vor dem Erhalt unrentabler Jobs; notwendig sei die Förderung zukunftsfähiger Arbeitsplätze.

„Wenn die Arbeitslosigkeit gesunken sei, dann auch aufgrund staatlich finanzierter Kurzarbeit. Der FDP-Leitsatz „Privat vor Staat“, so **Reiner Priggen** (Grüne), sei also derzeit nicht angebracht. Der Haushalt 2010 stelle die Belastungen, die durch die geplanten Bundesgesetze auf das Land zukämen, nicht korrekt dar.

Eine leichte Aufwärtsbewegung sah **Wirtschaftsministerin Christa Thoben** (CDU). Um diese zu sichern, werde man konjunkturbedingte Steuerausfälle, auch solche aus dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz, kreditfinanziert mittragen. Der Haushalt enthalte genügend Mittel, um die Bundes- und EU-Mittel abzurufen.



Frank Sichau (SPD)

Harald Giebels (CDU)

Dr. Robert Orth (FDP)

Monika Düker (Grüne) Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU)

onen“, sondern über „Best-Practice-Fälle“ die Marktkräfte unterstützen.

Oliver Keymis (Grüne) vermisste eine „Breitband-Offensive für ganz NRW“, eine Offensive „Medienkompetenz in NRW“ sowie Initiativen zur Stärkung des Medienstandorts. Zum Beispiel müsse die Filmförderung weiterentwickelt werden. Zu kritisieren sei auch die Kürzung der Mittel für das „Medienforum“.

Medienminister Andreas Krautscheid (CDU) sah NRW als Medienland Nummer eins in Deutschland. Der Etat wachse erneut, NRW sei der Standort mit den attraktivsten Finanzierungspaketen für Filmschaffende. In die Finanzierungs- und Förderlandschaft füge sich nun auch das neue „Mediencluster“ in Köln ein.

JUSTIZ

„Wir haben weniger Personal bei der Richterschaft und in den Staatsanwaltschaften als 2005“;

Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) unterstrich: „Wir haben den Stellenabbau gestoppt und neue Stellen geschaffen – und zwar zielgerichtet und genau“. Auch habe man neue Beförderungsmöglichkeiten eingerichtet. Der Erwachsenenvollzug werde durch den Neubau zweier Vollzugsanstalten entlastet.

WIRTSCHAFT UND MITTELSTAND

Anders als Bund und EU habe das Land, so **Thomas Eiskirch** (SPD), die Ausgaben für Wirtschaftsförderung gesenkt. Die öffentliche Auftragsvergabe sei für mittelständische Unternehmen unattraktiv. Bei großen Firmenpleiten würden Auffangprojekte verzögert. Sein Fazit: die Legislaturperiode – eine verlorene Zeit.

Trotz Wirtschaftskrise gebe es weniger Arbeitslose als unter Rot-Grün, erwiderte **Oliver Wittke** (CDU). In den letzten vier Jahren habe das Wirtschaftswachstum über dem Bundesdurchschnitt gelegen. Seit Anfang 2009 habe man über 10.000

ENERGIE

„NRW steht auf einem Abstiegsplatz bei den erneuerbaren Energien“, so **Norbert Römer** (SPD). Die CO₂-Emissionen seien bis 2005 gesunken, dann um 8 Millionen Tonnen gestiegen. Die Schwierigkeiten für das Kraftwerk Datteln zeigten, dass die Landesregierung mit „schweren Fehlern“ wichtige Industrieprojekte gefährde.

Aufgrund der „verfehlten“ Steinkohle-Subvention von Rot-Grün könne der Schwerpunkt heutiger Energiepolitik nicht im investiven Bereich liegen, sagte **Christian Weisbrich** (CDU). Daher müsse man jetzt private Investitionen stimulieren, insbesondere bei rationeller Energienutzung und regenerativen Energien.

Dietmar Brockes (FDP) forderte, die Energieversorgung auf möglichst viele Füße zu stellen und die Energieeffizienz zu steigern. Man brauche neue, hochmoderne Steinkohlekraftwerke ebenso wie einen höheren Anteil erneuerbarer Energien.



Arbeiten müsse man an neuen Speichertechnologien und der Elektromobilität.

Fünf verlorene Jahre für die Gebäudesanierung, die Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbare Energien, so **Reiner Priggen** (Grüne). Schon in zehn Jahren seien „Erneuerbare“ der Primärenergieträger Nummer eins. Er forderte ein Weiterdenken bis zur notwendigen Absenkung der CO₂-Emissionen um 80 Prozent im Jahr 2050.

Derzeit bestehe der Energiehaushalt zu 94 Prozent aus Kohlelöhnen, erläuterte **Energieministerin Christa Thoben** (CDU). Sie plädierte für einen Ausbau Erneuerbarer Energien, die Steigerung der Energieeffizienz, den schrittweisen Ersatz konventioneller Energieträger sowie die Kernenergie als Brückentechnologie.

LANDESPLANUNG

Prof. Dr. Gerd Bollermann (SPD) bezeichnete die Landesplanung als „Fehlzanzeige“: bei der Novellierung der Landes- und Regionalpolitik, beim Abbau unnötiger Bürokratie, bei der Gewährung von mehr Kompetenz vor Ort und bei der angekündigten Zusammenfassung von Landesentwicklungsprogramm und -plan.

Josef Hovenjürgen (CDU) bewertete es als „bemerkenswert“, dass die Planungshoheit für das Ruhrgebiet nun auf den RVR übergegangen sei. Man müsse sich mit der Nutzung industrieller Altstandorte beschäftigen. Die angesprochene Zusammenfassung werde Anfang der kommenden Legislaturperiode erfolgen.

Mit Blick auf das Gerichtsurteil zum geplanten Kraftwerk Datteln plädierte auch **Holger Elerbrock** (FDP) dafür, den Energieteil aus dem neuen Landesentwicklungsplan vorzuziehen. Er warnte allerdings vor einem selbstständigen Landesentwicklungsplan Energie; der integrative Ansatz müsse beibehalten werden.

Als „handwerkliches Desaster“ bezeichnete **Reiner Priggen** (Grüne) die Planung des Kraftwerks in Datteln. Hier versuche man jetzt, die Fehler „unter Missachtung aller Fristen“ zu heilen, die Kraft-Wärme-Kopplung, die erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz aus dem Landesentwicklungsprogramm zu streichen.

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) hielt schnell Handeln für notwendig; das Urteil stelle meh-

rere Kraftwerksplanungen vor ähnlichen Fragen. Ziele, die im Landesentwicklungsprogramm gestrichen würden, blieben im Landesentwicklungsplan. Eine Überarbeitung erfolge, wenn der Energieteil vorgezogen werde.

STÄDTEBAU UND WOHNEN

Als einen „Supergau“ bezeichnete **Dieter Hilser** (SPD) die vorgesehene Vollintegration des Wohnungsbauvermögens in die NRW-Bank. Willentlich und wissentlich schraube die Landesregierung die Wohnungsbauförderung zurück. Sie Sorge dafür, dass Mieterrechte beschnitten und 100.000 Wohnungen an Spekulanten verschertelt würden.

Für „Parolen“ und „Oppositionsgetöse“ hielt **Heinz Sahn** (CDU) den Beitrag seines Vorredners. 2010 solle aus dem Landeswohnungsbauvermögen für die soziale Wohnraumförderung eine Milliarde Euro bereitgestellt werden. Das seien rund 50 Millionen Euro mehr als im Jahr 2009. Sahnens Fazit: Der Etat beweise „Weitblick“.

Unter Schwarz-Gelb habe sich die Städtebau- und Wohnungspolitik zu einer „pragmatischen und effektiven Politik“ gewandelt, lobte **Christof Rasche** (FDP). Der Gesamtetat mit drei Milliarden Euro werde trotz Wirtschaftskrise auf dem Niveau des Vorjahres gehalten, die Wohnraumförderung bleibe im deutschen Vergleich einzigartig.

Horst Becker (Grüne) bezeichnete die Wohnungsbaupolitik der Landesregierung als „Abrissbirne“. Die Regierung habe die Wohnungsbauförderung abgebaut und sich an Mieterrechten vergriffen. Das Wohnungsbauvermögen müsse für Förderprogramme aller Art erhalten. „Diese Politik ist falsch“, so Becker.

„Der Einzelplan ist ein Beitrag dazu, dass wir gestärkt aus der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise hervorgehen“, erklärte **Bauminister Lutz Lienenkämper** (CDU). Die Integration des WfA-Vermögens in die NRW-BANK ermögliche eine noch bessere Basis für soziale Wohnraumförderung und weitere Fördermöglichkeiten.

VERKEHR

„Die Regierung Rüttgers ist ohne Plan auch im Bereich der Verkehrspolitik“, sagte **Bodo Wißen**

(SPD). Sie trage Verantwortung dafür, dass es seit 2005 Ticketpreiserhöhungen von 20 Prozent und mehr im öffentlichen Nahverkehr gegeben habe und dass es auf den Straßen so langsam zugehe wie in keinem anderen Bundesland.

Bernd Schulte (CDU) erklärte, der Haushalt, zeige, dass die wichtigen Verkehrsträger gleich behandelt würden und kein Verkehrsträger bevorzugt werde. Der Etat sei von Kontinuität geprägt und setze trotz Krise neue Schwerpunkte, beispielsweise im Bereich des Schienenverkehrs und der Sanierung von Landesstraßen.

Trotz schwieriger Finanzlage stelle die Landesregierung 160 Millionen Euro für das Landesstraßennetz bereit, hob **Christof Rasche** (FDP) hervor. Damit arbeite sie „den riesigen Sanierungsstau“ ab, den Rot-Grün hinterlassen habe. „Wir wollen, dass sich NRW mehr und mehr zur Logistikdrehscheibe entwickelt“, sagte Rasche.

Der Haushalt schreibe Kürzungen bei Bussen und Bahnen vor, kritisierte **Horst Becker** (Grüne). Das sei für viele Menschen schlecht. Zugleich lehnten CDU und FDP die Einführung von Sozialtickets in NRW ab. „Die Bürgerinnen und Bürger zahlen den Preis für diese Fehlentwicklung in der Politik“, so der Grüne.

„Jeder Verkehrsträger wird seinem Bedarf und seinen Möglichkeiten entsprechend ausgebaut“, unterstrich **Verkehrsminister Lutz Lienenkämper** (CDU). Das Angebot sei so zu stärken, „dass sich die Menschen selbst auswählen können, welchen Verkehrsträger sie benutzen“. Das sei die Leitlinie der Verkehrspolitik.

ARBEIT UND BERUFELICHE WEITERBILDUNG

Für wenig innovativ hielt **Rainer Schmeltzer** (SPD) den Haushaltsentwurf. Dieser lasse außer Acht, dass immer mehr Menschen vom Arbeitslosigkeit II leben müssten, immer häufiger vor Gericht zögen und ein Recht auf unabhängige Beratung hätten. Erforderlich seien intensivere Anstrengungen für junge Menschen.

Trotz der Krise habe man die Mittel nahezu gehalten, so **Bernhard Tenhumberg** (CDU). Auch Unternehmen müssten ihre soziale Verpflichtung wahrnehmen. Er verwies auf Programme zum Berufseinstieg, auf das „Erfolgmodell“ Bildungscheck zur beruflichen Weiterbildung und auf Initiativen für Menschen mit Behinderungen.

„Wir sind weiterhin auf der Seite der Arbeitnehmer in diesem Land“, erklärte **Dr. Stefan Romberg** (FDP). Man sei aktiv, Kurzarbeit mit Weiterbildung zu verknüpfen, Einstiege ins Berufsleben zu erleichtern, Behinderte besser am Arbeitsmarkt zu beteiligen und Unternehmen bei der Wettbewerbsfähigkeit zu unterstützen.

Die Landesregierung nehme Bildungsverlierer in Kauf und richte für diese dann „Warteschleifen, Qualifizierungsmaßnahmen und kleine Bildungsbausteine“ ein, meinte **Barbara Steffens** (Grüne). Die Verlierer des Systems würden mit Maßnahmen nicht erreicht. Sie forderte die Finanzierung von Arbeitslosenzentren.

Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) betonte, wie wichtig es angesichts der Krise sei, Arbeitsplätze in NRW zu halten und neue zu ermöglichen. Auch er verwies auf die genannten Schwerpunkte des Haushalts 2010 und zeigte sich überzeugt, dass NRW bei der Arbeitsmarktpolitik gut aufgestellt sei.

GESUNDHEIT UND SOZIALES

Norbert Killewald (SPD) vermisste ein konkretes Konzept für die Bekämpfung der Armut und kritisierte, die derzeitige schwarz-gelbe Landesregierung meine es mit einer nachhaltigen Pflegepolitik nicht ernst. Die Kommunen in NRW seien mit der Übernahme der Versorgungsämter vom Land alleingelassen worden.

In den wesentlichen Feldern der Sozialpolitik seien Kürzungen vermieden worden, lobte **Ursula Monheim** (CDU). Obwohl der Gestaltungsspielraum knapp sei, bekämpfe man die Kinderarmut, räume der Politik für Menschen mit Behinderungen einen hohen Stellenwert ein und engagiere sich in der Altenpflegeausbildung.

Auch für die ärztliche Versorgung auf dem Land werde etwas getan, lobte **Dr. Stefan Romberg** (FDP). Das Programm stoße auf großes Interesse. Als einen politischen Schwerpunkt nannte er die Krankenhausförderung. Mit dem Gesundheitscampus setze NRW ein besonderes Zeichen für Zukunftsorientierung.

Eine „Riesenkluft“ machte **Barbara Steffens** (Grüne) zwischen Reden und Handeln des Gesundheits-

ministers aus. Beispiel einer „Pseudosozialpolitik“ sei das Programm „Kein Kind ohne Mahlzeit“, das längst nicht alle betroffenen Kinder erreiche. Auch Suchtpräventionskonzepte würden zurückgefahren oder „plattgemacht“.

Armut, sagte **Sozialminister Karl-Josef Laumann** (CDU) könne man nur verhindern, indem man Menschen in Arbeit bringe. Seit Regierungsübernahme habe die Regierung Verbesserungen bei Hartz IV, bei der Krankenhausförderung, bei der Mediziner- und Pflegeausbildung, bei Versorgungsämtern und bei Pflege und Demenz erreicht.

UMWELT UND NATURSCHUTZ, VERBRAUCHERSCHUTZ UND LANDWIRTSCHAFT

„Stillstand und Rückschritt“ machte **Svenja Schulze** (SPD) in der Umweltpolitik des Landes aus. „Der Umweltausstand ist bei Ihnen in erster Linie ein Steinbruch für Haushaltskonsolidierung“, warf sie CDU und FDP vor. Wirkliches Handeln in diesem Bereich werde den Menschen lediglich vorgetäuscht.

„Umweltpolitik ist Zukunftspolitik“, entgegnete **Marie-Luise Fasse** (CDU), deshalb blieben entscheidende Bereiche von Kürzungen im Haushalt ausgenommen. Erfolge sah die CDU-Sprecherin beim Klimawandel, bei der Wasser- und Luftqualität, bei der Altlastensanierung und bei der Kooperation mit Partnern.

Holger Ellerbrock (FDP) begrüßte, dass die Vorgaben des Bundes und der EU zum Umwelt- und Naturschutz nun eins zu eins umgesetzt würden, auch um die Wettbewerbsfähigkeit verantwortungsvoll zu erhalten. Es gebe noch viel zu tun, NRW sei aber auf einem vernünftigen und vorbildlichen Weg.

Der Umweltminister müsse in seiner Funktion nicht die Interessen der Wirtschaft oder Landwirtschaft vertreten, sondern laut Amtseid Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben, kritisierte **Johannes Remmel** (Grüne). Brücken in die Zukunft habe der Minister nicht gebaut, sondern eher abgebrochen.

„2010“, kündigte **Umweltminister Eckhard Uhlenberg** (CDU) an, „wird für die Umwelt und die Verbraucher in Nordrhein-Westfalen ein gutes Jahr“.

Der Haushalt stelle mit 745,4 Millionen Euro die Weichen für die Bewahrung der Schöpfung, für souveräne Verbraucherinnen und Verbraucher und für gute Lebensmittel.

ALLGEMEINE FINANZVERWALTUNG UND HAUSHALTSGESETZ

Minister Linssen wolle partout nicht derjenige sein, der als der Finanzminister mit der höchsten Nettoneuverschuldung in die Landesgeschichte eingehe, meinte **Thomas Trampe-Brinkmann** (SPD). Dafür starte er unter anderem einen „Raubzug durch die Kommunen“ mit der Folge, „dass sich Stadt und Land mit geballten Fäusten gegenüberstehen“.

„Dieser Einzelplan zeigt auf, wie solide dieser Finanzminister wirtschaftet“, entgegnete **Christian Weisbrich** (CDU). Die Konsolidierungspolitik trage dazu bei, die Wirtschafts- und Finanzkrise zu meistern. Die Nettoneuverschuldung bleibe mit 6,575 Milliarden Euro hinter der rot-grünen Rekordmarke von 6,7 Milliarden Euro im Jahre 2005 zurück.

„Wir werden den Weg der Haushaltskonsolidierung durch Investitionen und Einsparungen fortsetzen“, sagte **Angela Freimuth** (FDP). Seit 2005 habe die Koalition „jede Ausgabe und jede Aufgabe kritisch auf den Prüfstand gestellt“, und es seien bereits erste nachhaltige Erfolge bei der strukturellen Konsolidierung des Haushalts erreicht.

Ende 2010, merkte **Horst Becker** (Grüne) an, werde der Schuldenstand bei 132 Milliarden Euro liegen. Das seien ziemlich genau 26 Milliarden Euro mehr als vor fünf Jahren, obwohl die Steuereinnahmen auf Rekordniveau gestiegen seien. Diese Entwicklung zeige, dass die Landesregierung „schlecht gewirtschaftet“ haben müsse, so der Grüne.

„Wir haben die Nettoneuverschuldung von 2005 bis 2008 um 83 Prozent reduziert“, fasste **Finanzminister Dr. Helmut Linssen** (CDU) in der Schlussbetrachtung zusammen. Dafür seien 92 Prozent aller verfügbaren Steuermehreinnahmen verwendet worden. Diese „vorbildliche Konsolidierungspolitik“ gebe es nirgendwo sonst in Deutschland.

Fotos: Schälte



Norbert Killewald (SPD)



Ursula Monheim (CDU)



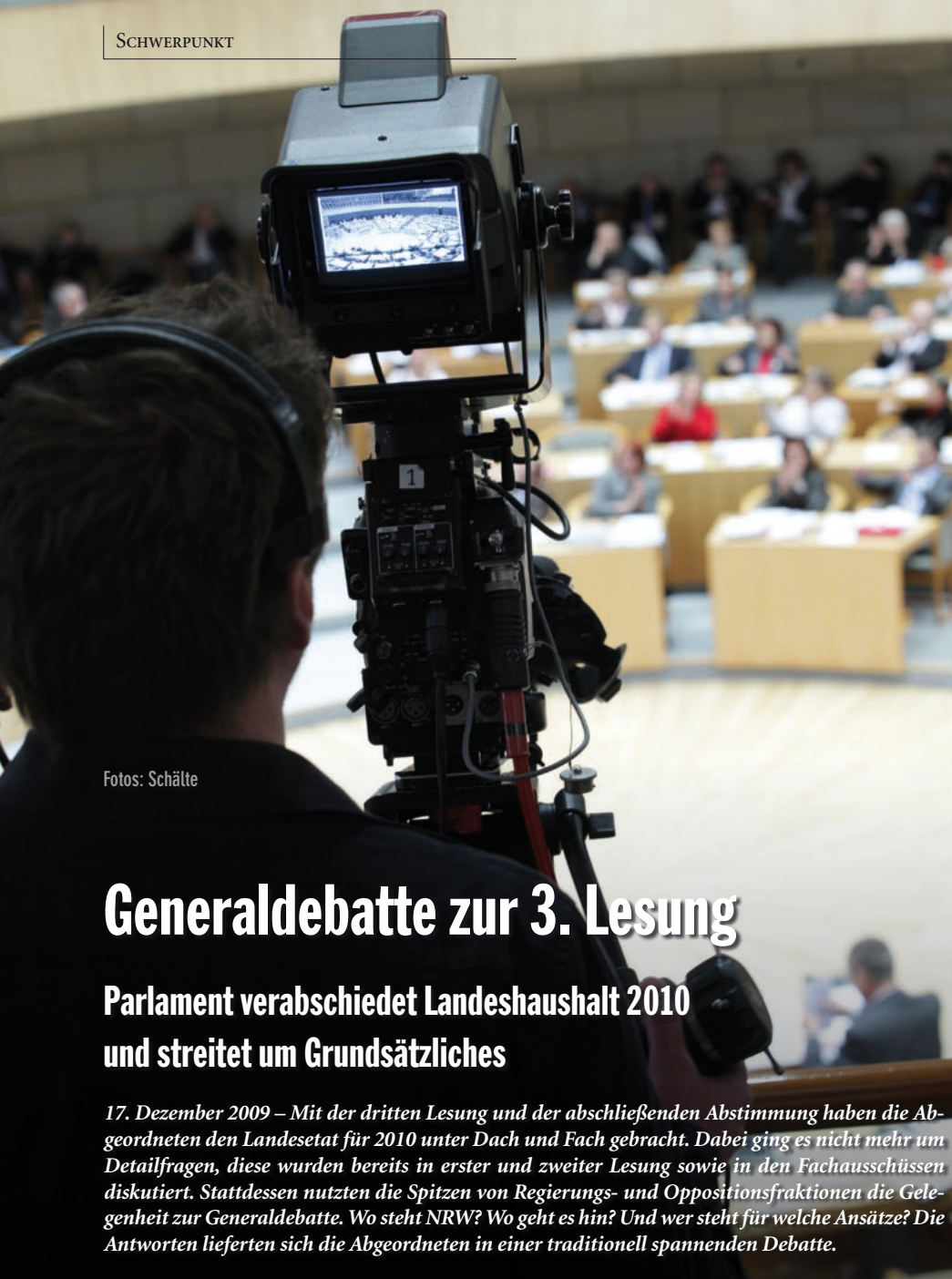
Dr. Stefan Romberg (FDP)



Barbara Steffens (Grüne)



Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU)



Fotos: Schälte

Generaldebatte zur 3. Lesung

Parlament verabschiedet Landeshaushalt 2010 und streitet um Grundsätzliches

17. Dezember 2009 – Mit der dritten Lesung und der abschließenden Abstimmung haben die Abgeordneten den Landesetat für 2010 unter Dach und Fach gebracht. Dabei ging es nicht mehr um Detailfragen, diese wurden bereits in erster und zweiter Lesung sowie in den Fachausschüssen diskutiert. Stattdessen nutzten die Spitzen von Regierungs- und Oppositionsfraktionen die Gelegenheit zur Generaldebatte. Wo steht NRW? Wo geht es hin? Und wer steht für welche Ansätze? Die Antworten lieferten sich die Abgeordneten in einer traditionell spannenden Debatte.

„Wie miserabel die Schlussbilanz von Schwarz-Gelb ist“, zählte die SPD-Fraktionsvorsitzende **Hannelore Kraft** (SPD) auf. Einen Schwerpunkt setzte sie dabei auf die Bildung. Die Sprachförderung sei wenig erfolgreich, das „Erfolgsmodell Grundschule“ beschädigt. Kopfnoten und vor allem das „Turboabitur“ erhöhten den Druck auf Lehrkräfte, Kinder, Jugendliche und Eltern immens. Zudem halte die Landesregierung lernunfähig am dreigliedrigen Schulsystem fest. In der Hochschulpolitik sähen mehrere Länderrankings NRW auf schlechteren Plätzen als zuvor oder sogar am Schluss. Studiengebühren hielten junge Menschen, gerade Frauen, vom Studieren ab. In der Wirtschaftspolitik sei Ministerin Thoben nicht nur mit ihrer Mittelstandspolitik gescheitert; NRW sei auch insgesamt in der Krise schlechter aufgestellt als viele andere Länder, zitierte Kraft weitere Statistiken. Dies gelte auch für den Bereich

der Erneuerbaren Energien. Weiterhin kritisierte sie eine handlungsarme Ankündigungspolitik von Arbeitsminister Laumann und eine Politik gegen die Kommunen, denen es nach 3,1 Milliarden Euro Belastungen durch die Landesregierung „absolut dreckig“ gehe. Finanzminister Linsen bezeichnete sie als „Schuldenkönig“. Im Vergleich zur vergangenen Legislaturperiode habe die Landesregierung zwar 20,31 Milliarden Euro mehr Steuern eingenommen, aber nur 4,3 Milliarden Euro weniger Neuverschuldung erreicht als die rot-grüne Vorgängerregierung – „eine Bilanz des Scheiterns“. Gescheitert sei auch der Ministerpräsident, der nun um weitere fünf Jahre Amtszeit gebeten habe, um seine Versprechungen umzusetzen. „Jetzt ist es zu spät, um das Ruder rumzuwerfen“, bilanzierte Kraft abschließend und warb für die eigene Linie: „Wir haben die besseren Konzepte und die besseren Lösungen.“

„Worthülsen, Skandalisierungen und Lügen“ sowie eine Verunsicherung der Menschen warf der Vorsitzende der CDU-Fraktion, **Helmut Stahl**, der Oppositionsführerin vor. Ein Politikangebot für die Menschen sei bei der SPD nicht vorhanden. Anders als von Kraft dargestellt, stehe NRW heute wirtschaftlich besser da als viele andere Länder. So habe im November die Zahl der Arbeitslosen hier stärker abgenommen als im Bundesdurchschnitt. Gleichzeitig bemühe sich die schwarz-gelbe Landesregierung seit 2005, den 11-Milliarden-Euro-Schuldenberg, den Rot-Grün hinterlassen habe, abzubauen. Dennoch habe man in dieser Zeit fast 3 Milliarden Euro mehr für Bildung ausgegeben. 40,5 Prozent des Landeshaushalts fließe in diesen Bereich, mehr als in jedem anderen Bundesland. Die SPD habe für diese Wahlperiode den Wegfall von 16.000 Lehrerstellen geplant, CDU und FDP hätten dagegen 7.874 neue Stellen geschaffen – in der Folge gebe es deutlich weniger Klassen mit über 30 Schülerinnen und Schülern. Im Gegensatz zu den „Behauptungen“ der SPD studierten junge Menschen gerne in NRW. Im aktuellen Wintersemester registrierte man die höchste Zahl an Studienanfängerinnen und



Hannelore Kraft (SPD)

-anfängern. Im Vergleich zu 2005 hätten 22 Prozent mehr Menschen einen Studienabschluss erreicht. In ihren Programmen stelle die SPD die Kulturpolitik als zentralen Bereich dar, von 2001 bis 2005 habe sie jedoch die Mittel dafür von 104 auf 70 Millionen Euro gekürzt. Die jetzige Landesregierung habe gemäß ihrem Wahlversprechen die Ausgaben wieder verdoppelt. Auch beim Verkauf der Landesentwicklungsgesellschaft habe die Regierung die Mieterinnen und Mieter so abgesichert, dass es zu keinen massiven Mieterhöhungen und Weiterverkäufen gekommen sei. Dies sei seriöse neue Sicherheit für NRW, so Stahl zusammenfassend.

Eine „Krawallaufführung mit verdrehten Fakten“ nannte der FDP-Fraktionsvorsitzende **Dr. Gerhard Papke** die Rede von Hannelore Kraft. Er betonte, mit dem Haushalt für 2010 habe die schwarz-gelbe Landesregierung selbst in der schlimmsten Wirtschaftskrise ein Zahlenwerk vorgelegt, das sich sehen lassen könne und „wie immer“ seriös durchgerechnet sei. Der Haushaltsentwurf sei als „Ausdruck neuer Stärke des Landes Nordrhein-Westfalen“ zu verstehen, sagte Papke und erklärte, nach Überwindung der Wirtschaftskrise werde die Landesregierung schnellstmöglich ihren Kurs der Haushaltskonsolidierung fortsetzen. Besonders das Vorhaben von CDU und FDP, eine Schuldenbremse in der Landesverfassung festzuschreiben, sei ein Beleg für die ernsthafte Konsolidierungsabsicht der Landesregierung. Die SPD dagegen wolle diese Pläne nicht unterstützen, kritisierte der Fraktionsvorsitzende und warf den Sozialdemokraten vor, eine „Verschuldungspolitik zulasten kommender Generationen“ anzustreben. Er hielt es zudem für bemerkenswert, dass die SPD in der Generaldebatte kein Wort zu möglichen Koalitionsabsichten mit der Linkspartei nach der Land-

Abrechnung zurück und auch voraus blickte. Sie warf der Landesregierung vor, diese habe gleichzeitig die höchsten Ausgaben und die höchste Verschuldung „aller Zeiten“ zu verantworten. Trotz der zwischen 2005 und 2009 um 10 Prozent gestiegenen Steuereinnahmen hätten aber die Kommunen nur die konstanten Zuweisung – und damit rund 4 Milliarden Euro zu wenig – erhalten. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen warnte zudem vor den Folgen des „Schuldenbeschleunigungsgesetzes“ des Bundes. Die für NRW zu erwartenden Belastungen von 885 Milliarden Euro seien im Landshaushalt nicht berücksichtigt. Steuerergänzung wie eine gesenkte Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen, die Begünstigungen für reiche Erben oder die Erhöhungen des Kindergelds für Spitzenverdiener geschähen gegen die Interessen der Menschen und gegen jede steuerpolitische Vernunft. „Noch nie hat eine Landesregierung die Interessen Nordrhein-Westfalens gegenüber Berlin so verraten wie die Regierung Rüttgers und Pinkwart“, kritisierte Löhrmann. Das beste Wachstumsbeschleunigungsgesetz für NRW sei die sofortige Streichung der Studiengebühren. Ebenso brauche

tionsvorsitzende Kraft. Er betonte, dass es der Landesregierung von CDU und FDP im Unterschied zur rot-grünen Vorgängerregierung seit 2005 stets gelungen sei, die tatsächliche Neuverschuldung unter den Planzahlen zu halten. Davon sei auch für 2009 auszugehen, da die Landesregierung solide wirtschaftete. Die Finanz- und Wirtschaftskrise habe das Land hart getroffen, jedoch sei Nordrhein-Westfalen besser durch die Krise gekommen, als von allen Fachleuten vorausgesagt. Noch allerdings, so erklärte der Ministerpräsident, sei die Krise nicht überstanden, und gerade auf dem Arbeitsmarkt seien in den kommenden Monaten Auswirkungen zu spüren. Auch weiterhin verfolge die Landesregierung das Ziel, so viele Unternehmensstandorte und Arbeitsplätze wie möglich zu erhalten. Unternehmen, Gewerkschaften und die Landespolitik hätten hierzu im Jahr 2009 „an einem Strang gezogen“. Er hoffe, dass sich diese Gemeinsamkeit auch im Jahr 2010 „jenseits wahlkampfpolitischer Auseinandersetzungen“ fortführen lasse, so der Ministerpräsident. Gerade die Krise zeige, dass die schwarz-gelbe „Politik der Erneuerung“ für Stabilität Sorge. Rüttgers forderte, Nordrhein-



Helmut Stahl (CDU)

Dr. Gerhard Papke (FDP)

Sylvia Löhrmann (Grüne)

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU)

tagswahl im kommenden Mai gesagt habe. Die Partei wolle mit „einer wirren Truppe von kommunistischen Sektierern“ zusammenarbeiten, warf Papke der SPD vor. CDU und FDP planten dagegen, ihre Zusammenarbeit fortzusetzen und könnten „voller Optimismus“ der Landtagswahl entgegensehen. Schließlich könne die nordrhein-westfälische Landesregierung zahlreiche Erfolge, beispielsweise in der Bildungs- und Wirtschaftspolitik, vorweisen, so der FDP-Politiker.

„Nordrhein-Westfalen ist ärmer geworden“, bilanzierte **Sylvia Löhrmann** (Grüne), die in ihrer

man angesichts der steigenden Verschuldung von Städten und Gemeinden einen „Altschuldenfonds“. Notwendig sei auch eine ausreichende Finanzierung der Arbeitslosenzentren, meinte Löhrmann. Mit Blick auf „fünf verlorene Jahre“ für die Zukunftsfelder „Erneuerbare Energien“, „Kraft-Wärme-Kopplung“ und „energetische Gebäudesanierung“ stellte sie fest: NRW verliere den Anschluss.

„Ihre Rede hat nichts mit der Wirklichkeit zu tun, und wer Wirklichkeit nicht zur Kenntnis nimmt, der scheitert“, wandte sich **Ministerpräsident Jürgen Rüttgers** (CDU) an die SPD-Frak-

Westfalen müsse Industrie- und Exportland bleiben. Er sprach sich zudem dafür aus, dass auch zukünftig sozialer Aufstieg möglich sein und Leistung sich weiterhin lohnen müsse. Die Koalition von CDU und FDP wolle auch in Zukunft für Sicherheit und Solidarität in Nordrhein-Westfalen eintreten, erklärte der Ministerpräsident abschließend. *cw, sw, sow*

Der Landshaushalt 2010, der Ausgaben in Höhe von rund 53,3 Milliarden Euro vorsieht, wurde mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen verabschiedet.

Im Zeichen der Wirtschaftskrise

2009: Landtag gestaltet Politik in Zeiten knappen Geldes

Die Wirtschaftskrise ist das beherrschende Thema des Jahres 2009. Ein Glück: Die Arbeitslosenzahlen steigen nicht so rasant an wie befürchtet. Dennoch kämpfen viele Unternehmen auch in NRW ums Überleben. Der Staat muss helfen und gegensteuern, meinen die Fraktionen im Landtag einhellig. Weil es dafür kein einfaches Rezept gibt, muss das Parlament an vielen einzelnen Schrauben drehen: In Plenum und Ausschüssen werden die unterschiedlichsten Themen im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise debattiert. Trotzdem kann das Land allein nur bedingt helfen. In der Folge treten der Bund und Europa ebenfalls in den Mittelpunkt vieler Debatten. Daneben wollen auch bestehende Herausforderungen rund um die Zukunft, um Bildung und Klimaschutz wie auch um gesellschaftlichen Zusammenhalt angegangen werden. Der Landtag blickt zurück auf ein umfangreiches Arbeitspensum unter schwierigen Vorzeichen.

Januar Die Finanz- und Wirtschaftskrise hält das Land in Atem. Staatliche Investitionen sollen die Wende bringen. Im Landtag diskutieren die Abgeordneten in einer Sondersitzung, wie die Milliardenzahlungen aus dem Konjunkturpaket II des Bundes in NRW eingesetzt werden sollen – und wie davon zugleich die Kommunen profitieren können.

Ebenfalls aktuell ist die Frage, wie es mit der Westdeutschen Landesbank weitergehen soll. Die Pläne der Landesregierung, die WestLB in eine „Fusionsbank“ und eine „Bad Bank“ aufzuspalten, stoßen bei den Oppositionsfraktionen im Plenum auf Kritik. Sie befürchten weitere Belastungen für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Dagegen sehen die Regierungsfraktionen in den Plänen ein gutes Konzept, um die Bank zu retten.

Februar Mit Verzögerung verabschiedet der Landtag den Landeshaushalt 2009 und gibt den Weg frei für Ausgaben des Landes in Höhe von 52,7 Milliarden Euro. Während SPD und Grüne die Etatplanungen der Landesregierung für „mutlos“ in der Krise halten, sehen CDU und FDP im Haushalt das „Fundament für einen neuen Aufschwung“.

Zu Kontroversen kommt es auch im Wirtschaftsausschuss: Dort diskutieren Sachverständige, welche Konsequenzen aus der Gier mancher Bankmanager zu ziehen sind. Zumindest in einer Frage sind sich die Sachverständigen einig: Ein „Weiter so“ dürfe es nicht geben.

In eine ungewisse Zukunft blicken hunderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der insolventen Warenhauskette Hertie. Die Kaufhäuser sind von der Schließung bedroht. Für den Landtag wirft das die Fragen auf, ob und wie das Land dem Unternehmen helfen kann und welche städtebaulichen Folgen die Schließung der Warenhäuser für die Innenstädte hätte.

März Das „Superwahljahr 2009“ sorgt im Landtag für politischen Streit. Der Verfassungsgerichtshof in Münster hat entschieden, dass die geplante Zusammenlegung von Kommunal- und Europawahl verfassungswidrig sei. Daraufhin beschließt das Parlament mit den Stimmen von CDU und FDP, die Kommunalwahlen auf einen separaten Termin Ende August zu verlegen. SPD und Grüne wiederum kritisieren diese Entscheidung, weil sie auf die Kommunen unnötige Kosten in Millionenhöhe zukommen sehen. Ihr Vorschlag, die Kommunalwahlen mit der Bundestagswahl zusammenzulegen, findet keine Mehrheit. Der kommunale Schwerpunkt komme dann zu kurz, argumentieren CDU und FDP.

Bestürzt reagieren die Menschen im Land auf den Einsturz des Kölner Stadthaus. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der

Landtagsverwaltung helfen mit, die in den Trümmern geborgenen Dokumente zu restaurieren und zumindest einige der jahrhundertealten Archivbestände zu retten.

Verloren ist das Geld vieler Anlegerinnen und Anleger, die den Ratschlägen ihrer Banken vertrauten. „Wir wurden verkauft“, sagen die Geschädigten in einer Anhörung und fordern einen besseren Verbraucherschutz im Finanzsektor.

Verbesserungen soll es auch bei der Lehrerbildung in NRW geben. Ein Gesetzentwurf der Landesregierung bietet im Schulausschuss Anlass für eine angeregte Debatte, zu der der Ausschuss über hundert Sachverständige einlädt.

April Die Schweinegrippe breitet sich rund um den Globus aus. Im Gesundheitsausschuss diskutieren die Abgeordneten, wie sich das Land auf eine drohende Pandemie vorbereiten kann.

Vorsorge bleibt auch ein Thema in der Finanzpolitik: Mit einem ersten Nachtragshaushalt für 2009 will die Landesregierung einen Risikoschirm über die WestLB spannen, die schwächelnde Wirtschaft stärken und dafür weitere Schulden in Höhe von 2,6 Milliarden Euro aufnehmen. Die Regierungsfaktionen unterstützen die Pläne, da gegen die Krise nicht angespart werden dürfe. Die Oppositionsfraktionen dagegen werfen CDU und FDP vor, den Schuldenstand des Landes auf einen neuen Rekordwert zu treiben.

Um mehr Mitsprache von der Migrantinnen und Migranten geht es in gleich zwei Anhörungen des Landtags. Gemeinsam mit Sachverständigen überlegen die Abgeordneten, wie zugewanderte Menschen stärker an politischen Entscheidungen in ihrer Stadt oder Gemeinde beteiligt werden können.

Mai „Unser Staat muss wehrhaft bleiben“, betonen die Fraktionen nach den Attacken Rechtsextremer auf die DGB-Kundgebung zum 1. Mai in Dortmund. Den verletzten Polizeibeamten sprechen die Abgeordneten ihre Solidarität aus.

Welche Chancen das friedliche Miteinander der Kulturen in Europa eröffnet, können Bürgerinnen und Bürger hautnah in Düsseldorf erleben. Rund um den Landtag lädt das Europafest im Vorfeld der Wahlen zum EU-Parlament tausende Menschen ein, die Vielfalt in der Europäischen Union zu entdecken.

Ein weiteres wichtiges Zeichen setzen die Abgeordneten mit einer fraktionsübergreifenden Initiative: Als erstes deutsches Parlament spricht sich der Landtag NRW gegen die Legalisierung der Sterbehilfe und für eine menschenwürdige Behandlung unheilbar Kranker aus.

Politische Differenzen gibt es dagegen bei der Frage, wie sich die Landesregierung in den Verhandlungen des Bundes mit



möglichen Opel-Investoren verhalten soll. Im Plenum erkennt Ministerpräsident Rüttgers dennoch Gemeinsamkeiten: Allen Fraktionen sei daran gelegen, den Standort Bochum zu erhalten.

Juni Eine Gesetzesänderung zum Nichtraucherschutz erhitzt die Gemüter. Sachverständige im Gesundheitsausschuss sind genau wie Abgeordnete geteilter Meinung. Eckkneipen vor drohenden Schließungen bewahren oder ausnahmsloser Gesundheitsschutz?

Auch an anderer Stelle rauchen die Köpfe. Die Bedrohungen des Klimawandels sind Thema einer Konferenz des Landtags gemeinsam mit der Europäischen Kommission. Auf der Fachtagung in Mönchengladbach suchen Sachverständige nach Wegen aus der Klimaschraube in Zeiten der Wirtschaftskrise.

In die Zukunft investieren möchte die Landesregierung mittels dreier neuer Fachhochschulen in NRW. Die Oppositionsfraktionen bezweifeln, dass die politischen Entscheidungen für die Standorte ausreichend transparent getroffen worden seien.

Transparente parlamentarische Prozesse können 187 junge Menschen beim 2. Jugend-Landtag üben. Im Düsseldorfer Landesparlament nehmen sie auf den Stühlen der Abgeordneten Platz und diskutieren drei Tage lang über für sie wichtige Themen.

Juli Ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss beginnt, die Vorgänge rund um die Entlassung eines Abteilungsleiters im Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz unter die Lupe zu nehmen.

August Die Menschen in NRW sind dazu aufgerufen, von ihrem kommunalen Wahlrecht Gebrauch zu machen. Etwa 52 Prozent der Bürgerinnen und Bürger gehen an die Urne und geben damit den kommunalpolitischen Akteurinnen und Akteuren ein Mandat für ihre Arbeit. Auch viele Abgeordnete des Landtags engagieren sich in den Kreisen und Kommunen.

Im Rahmen einer Anhörung der Enquetekommission „Prävention“ fordern Sachverständige, Jugendlichen mehr Medienkompetenz zu vermitteln. Urteilsvermögen sei im Umgang mit Killerspielen, Internet und Handy unerlässlich.

September Ein breites Medienangebot als Garant für Meinungsvielfalt wünschen sich alle Fraktionen. Doch auch Zeitungsmacher müssen wirtschaften und wettbewerbsfähig bleiben, um trotz Online-Konkurrenz zu bestehen. Die Zukunft dieser Branche ist Thema einer Expertenanhörung im Landtag.

Oppositions- und Regierungsfractionen lassen komplexe Gutachten erstellen, um herauszufinden, ob Kommunen über Gebühr Solidarbeiträge bezahlen mussten. Die Opposition beklagt einen „Raubzug durch die kommunalen Kassen“, die Regierungsfractionen verweisen hingegen auf „Rekordauszahlungen“ in die kommunale Szene.

In großer Einigkeit brechen die Abgeordneten eine Lanze für Kinder. Kinderlärm sei Zukunftsmusik und nicht mit Industrie- oder Verkehrslärm gleichzusetzen. Ein entsprechender Antrag soll die auf Bundesebene geplante Änderung des Lärmschutzrechts unterstützen.

Mit der ersten Lesung des Landeshaushalts 2010 endet die Harmonie. Die Aussprache gerät auch dieses Jahr zur Generaldebatte. Regierungs- und Oppositionsfraktionen streiten um

die Themen Konjunkturankurbelung, Schulden, Bildung und Beschäftigung. Ebenfalls kontrovers diskutiert werden die Frage einer Schuldenbremse und ihre Folgen.

Oktober Das Parlament muss sich mit zwei Gerichtsurteilen zur Landesplanung auseinandersetzen. Ein Urteil bedeutet den Baustopp beim geplanten Steinkohlekraftwerk in Datteln. Die zweite Entscheidung betrifft ein geplantes großes Einkaufszentrum in Ochtrup. Die Karten sind neu gemischt – die Politik ist am Zug.

Ebenfalls gefordert ist das Parlament bei der Frage, wie Auszubildenden in insolventen Unternehmen geholfen werden kann. Wie weit soll das Engagement des Staates gehen, um Auszubildenden in der Wirtschaftskrise zu erhalten?

Der Streit um die „Lebensmittel-Ampel“ beschäftigt den Landtag. SPD und Grüne sehen in der Kennzeichnung eine wichtige Zusatzinformation, CDU und FDP halten die zukünftigen verpflichtenden Nährwertangaben für ausreichend.

Der Anbau des Parlamentsgebäudes kommt gut voran und liegt im Zeit- und Kostenplan. Beim Richtfest ist auch Prof. Fritz Eller dabei, der das Landtagsgebäude vor mehr als 20 Jahren konzipierte und nun den Anbau begleitet.

November Empört reagieren Regierungs- und Oppositionsfraktionen auf die überraschende Nachricht, dass General Motors Opel nun doch nicht verkaufen will. Die ewige Unsicherheit für den Standort und die Beschäftigten geht weiter. Im Landtag berät man über Ursachen und Konsequenzen und erwägt staatliche Subventionen, proklamiert aber unterschiedliche Ansätze.

Einen Kahlschlag befürchten die Oppositionsfraktionen auf dem Wohnungsmarkt. Denn das Wohnungsbauvermögen soll nicht mehr ausschließlich zweckgebunden verwandt, sondern Bestandteil der NRW.BANK werden. Dies solle gerade die Förderung des Wohnungsbaus sichern, argumentieren die Regierungsfractionen.

Parteiübergreifend begrüßen die Fraktionen dagegen das Vorhaben, alle öffentlich-rechtlichen Unternehmen zu verpflichten, die Bezüge der Mitglieder von Geschäftsführungen und Aufsichtsräten zu veröffentlichen.

Studierende protestieren gegen schlechte Studienbedingungen und fehlende Freiheit bei Bachelor- und Masterstudiengängen. In einer Sondersitzung berät der Wissenschaftsausschuss gemeinsam mit Betroffenen von Hochschul- und Studentenseite, was zu tun ist. An den Hochschulen soll es Nachbesserungen geben.

Dezember Der Streit ums Geld bestimmt die Landtagsdebatten. Immerhin geht es beim Haushalt 2010 um 53,3 Milliarden Euro. Nach ausführlichen Debatten stimmt die Koalitionsmehrheit des Parlaments für den Haushaltsentwurf. Das Parlament verabschiedet ebenso den zweiten Nachtragshaushalt, mit dem die WestLB eine erweiterte Risikoabsicherung erhält. Des Weiteren umfasst er eine dreistellige Millionen-summe, um den Kommunen möglicherweise zuviel gezahlte Solidarbeiträge zu erstatten; das Thema bleibt auf der Agenda. Die Oppositionsfraktionen blicken ins nächste Jahr und befürchten, dass die Steuersenkungspläne des Bundes 2010 zu massiven Steuerausfällen für die Länder führen. CDU und FDP weisen die Kritik zurück und stellen sich hinter die Pläne der Bundesregierung.

SW, CW, SOW



Laufende Gesetzgebung

DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	ZUSTÄNDIGER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGSSCHRITTE
14/10209	Gesetz über Modellversuche zur Weiterbildung der Berufe in der Alten- und Krankenpflege, etc., LR	Vorschlag: Sozialausschuss	1. Lesung 17.12.2009
14/10162	Gesetz zur Änderung des Landesfischereigesetzes, LR	Vorschlag: Umweltausschuss	1. Lesung 17.12.2009
14/10379	Änderung des Abgeordnetengesetzes, Grüne	Vorschlag: Hauptausschuss	1. Lesung 16.12.2009
14/10358	Gesetz zur Änderung der Verfassung NRW, LR	Vorschlag: Hauptausschuss	1. Lesung 16.12.2009
14/10149	Änderung des Landschaftsgesetzes etc., CDU/FDP	Umweltausschuss	Beratung Anfang 2010
14/10145	Änderung des Nachbarrechtsgesetzes, Grüne	Rechtsausschuss (federführend), Bauausschuss	Bauausschuss: 14. bzw. 28.1.2010 Rechts- ausschuss: 24.2.2010,
14/10144	Abschaffung der Studiengebühren, Grüne	Wissenschafts- ausschuss	Anhörung Frühjahr 2010
14/10125	Abrechnung der Lasten der Deutschen Einheit, LR	Kommunal- ausschuss	Anhörung 13.1.2010
14/10119	Änderung des Gesetzes über Pflichtexemplare, LR	Kulturausschuss	2. Lesung 16.12.2009
14/10089	Änderung des Polizeigesetzes des Landes NRW, LR	Innenausschuss	Anhörung 14.1.2010
14/10088	Änderung des Landesplanungsgesetzes, LR	Wirtschafts- ausschuss	Anhörung Anfang 2010
14/10029	Änderung des Landesjagdgesetzes NRW, LR	Umweltausschuss	2. Lesung 16.12.2009
14/10028	Sicherung und Nutzung öffentlichen Archivguts, LR	Kulturausschuss	Anhörung 27.1.2010
14/10027	Schaffung von mehr Transparenz in öffentlichen Unternehmen, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	2. Lesung 16.12.2009

DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	ZUSTÄNDIGER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGSSCHRITTE
14/9956	Bau- und Liegenschaftsbetriebsgesetz, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	Anhörung am 14.1.2010
154/9955	Gesetz über die europäische Verwaltungszusammenarbeit, LR	Ausschuss für Kommunalpolitik	2. Lesung 16.12.2009
14/9908	Hochschulgesetz, Grüne	Wissenschafts- ausschuss	Experten- beteiligung am 14.1.2010
14/9853	Änderung der gesetzl. Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Wirtschaftsministeriums, LR	Wirtschafts- ausschuss	2. Lesung 16.12.2009
14/9760	Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine, Grüne	Umweltausschuss	2. Lesung am 20./21.1.2010
14/9738	EG-Dienstleistungsrichtlinie im Rahmen der Normenprüfung, LR	Wirtschafts- ausschuss	2. Lesung 16.12.2009
14/9737	Förderung Erneuerbare Energien im Wärmebereich, LR	Wirtschafts- ausschuss	2. Lesung 16.12.2009
14/9736	Modernisierung von Justizgesetzen, LR	Rechtsausschuss	Beratung Anfang 2010
14/9702	Gemeindefinanzierungsgesetz 2010, LR	Haushalts- ausschuss	s. a. 14/9700
14/9701	Mittelfristige Finanzplanung 2009 bis 2013 mit Finanzbericht 2010, LR	Haushalts- ausschuss	s. a. 14/9700
14/9700	Haushaltsgesetz 2010, LR	Haushalts- ausschuss	3. Lesung am 17.12.2009
14/9417	Änderung des Pressegesetzes, LR	Hauptausschuss	Weitere Ber- atung in 2010
14/9386	Modernisierung des Sicherheitsrechts, SPD	Innenausschuss	s. a. 14/10089
14/9265	Änderung des Landesplanungsgesetzes, Grüne	Wirtschafts- ausschuss	s. a. 14/10088
14/272	Änderung des Personalvertretungsgesetzes, SPD	Rechtsausschuss	Beratung ruht

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

Abgeschlossene Gesetzgebung - am 2./3. Dezember 2009 im Plenum entschieden

DRS.-NR.	GESETZ	INITIATOR	ABSTIMMUNG IM PLENUM	BESCHLUSS
14/10134	Änderung des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes	CDU/SPD/FDP/Grüne	2. Lesung 3.12.2009	angenommen
14/10026	Gesetzes über die Wahlkreiseinteilung	Landesregierung	2. Lesung 2.12.2009	angenommen
14/9878	Änderung des Jugendstrafvollzugsgesetzes	Landesregierung	2. Lesung 2.12.2009	angenommen
14/9854	Abschaffung des Wasserentnahmeentgeltes	Landesregierung	2. Lesung 2.12.2009	angenommen
14/9739	Änderung des Landesreisekostengesetzes etc.	Landesregierung	2. Lesung 2.12.2009	angenommen
14/9711	Richtlinie über Hafenauffangeinrichtungen	Landesregierung	2. Lesung 2.12.2009	angenommen
14/9710	Änderung gesundheitsrechtlicher Vorschriften	Landesregierung	2. Lesung 2.12.2009	angenommen
14/9709	Änderung der gesetzl. Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums	Landesregierung	2. Lesung 2.12.2009	angenommen
14/9394	Föderalismusreform im Wohnungswesen etc.	Landesregierung	2. Lesung 2.12.2009	angenommen
14/9393	Änd. des Gesetzes über den „WDR Köln“ und des Landesmediengesetzes	Landesregierung	2. Lesung 2.12.2009	angenommen
14/9380	Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2009	Landesregierung	2. Lesung 3.12.2009	angenommen
14/8947	Bildung Einheitlicher Ansprechpartner in NRW	Landesregierung	2. Lesung 2.12.2009	angenommen

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. In der elektronischen Fassung unter www.landtagintern.de finden Sie Links zu ausführlicheren Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.



Im Brennpunkt des Interesses: Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) und der Ausschussvorsitzende Dr. Robert Orth (FDP).
Foto: Schälte

Einzelfall oder Pannenserie?

Opposition übt heftige Kritik an der Justizministerin

4. Dezember 2009 – In einer Sondersitzung des Rechtsausschusses (Vorsitz Dr. Robert Orth, FDP) wies Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) die Vorwürfe der Opposition nach dem Ausbruch zweier Strafgefangener aus der JVA Aachen am 26. November zurück. Von einem „Versagen der Justiz“ könne nicht die Rede sein. Rückendeckung erhielt sie dabei von den Abgeordneten der CDU und der FDP. In der Opposition hingegen wurden Forderungen nach ihrem Rücktritt laut.

Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) erklärte, dass der Ausbruch der beiden Gefangenen allein und ausschließlich auf die Hilfe eines einzelnen Justizvollzugsbeamten zurückzuführen sei. Die Anstalt sei zum Zeitpunkt des Ausbruchs nicht personell unterbesetzt und auch nicht mit Gefangenen überbelegt gewesen. „Nie war der Justizvollzug so sicher wie heute“, konstatierte Müller-Piepenkötter. Im Vergleich zu rot-grünen Regierungszeiten seien die Ausbruchszahlen stark rückläufig und tendierten gegen null. Unter ihrer Verantwortung seien Stellen aufgebaut und die Sicherheit verbessert worden. Vorwürfe, sie habe zu spät auf bekannte Missstände in der JVA Aachen reagiert, wies die Ministerin zurück. Nach einem Schreiben des Personalrats der JVA im August, das den hohen Krankenstand und die massiven Überstunden in der Anstalt anmahnte, habe ihr Ministerium schnell und umfassend reagiert. Dazu gehörten unter anderem die Besetzung von fünf Stellen und die Umgestaltung des Dienstplans.

Deutliche Kritik übte Monika Düker (Grüne), die der Ministerin vorwarf, die tatsächlichen Fakten zu verschweigen. Internen Quellen und Briefen aus dem Justizvollzug zufolge habe es seit Wochen offene Spekulationen über einen bevorstehenden Ausbruch von Heckhoff und Michalski gegeben. Drei Jahre nach dem Fall Sieburg könne man heute von einer „Bilanz des Scheiterns“ sprechen. Bereits 2007 habe

die Werthebach-Kommission bei einer Überprüfung aller Einrichtungen in NRW auf ein „angespanntes Klima“ in Aachen und Probleme in anderen Anstalten hingewiesen. Bekannte strukturelle Mängel seien jahrelang nicht behoben worden.

ANALYSE

Rückendeckung erhielt die Ministerin von Harald Giebels (CDU). Es gebe keinen Zusammenhang zwischen dem Ausbruch und den im August vom Personalrat vorgetragenen Mängeln in der JVA. Der Krankenstand in Aachen sei hoch gewesen, aber aufgrund von frühzeitig ergriffenen Gegenmaßnahmen in der Tendenz fallend. Zum Zeitpunkt des Ausbruchs seien die Schichten personell ausreichend besetzt gewesen. Auch der zuständige Ombudsmann könne in einer Stellungnahme die geäußerte Kritik nicht erhärten. Zudem bestätige der Personalrat der JVA Aachen, dass sich die Lage seit Oktober verbessert habe.

Mangelnde Realitätsnähe warf Ralf Jäger (SPD) der Ministerin vor. Sie sei mit dem „Hilferuf“ aus Aachen wieder einmal lapidar und bürokratisch umgegangen. Allein durch die Fakten würden Müller-Piepenkötter und die Anstaltsleiterin „Lügen gestraft“. Bereits 2007 sei gegen den inhaftierten Beamten we-

gen Fluchhilfe ermittelt worden. Zudem stehe der Vorwurf im Raum, die Anstaltsleiterin habe von einem „zu engen Kontakt“ zwischen dem beschuldigten Beamten und Heckhoff sowie Michalski gewusst. Die Umstellung des Dienstplans im November komme einer Stellenreduktion gleich und habe lediglich dem Zweck gedient, eine Unterbesetzung zu vertuschen. Von einem Einzelfall könne schon lange nicht mehr die Rede sein, vielmehr handle es sich um eine ganze „Pannenserie“ unter Leitung der Ministerin. Die gute Entwicklung des Strafvollzugs in NRW in den letzten Jahren sei allein auf den moderneren Strafvollzug und bessere Technik zurückzuführen.

„Es wird Ausbrüche geben, solange es Gefängnisse gibt“, konstatierte Dr. Robert Orth (FDP). Noch im Jahr 2004 habe es in NRW alle 18 Stunden eine Entweichung gegeben. Bei so vielen Ausbrüchen bzw. Entweichungen habe man gar nicht eigens für jede eine Sitzung abhalten können. Unter der schwarz-gelben Landesregierung sei die Sicherheitssituation dagegen „kontinuierlich verbessert“ worden. Die Sollbesetzung der Beamtinnen und Beamten in den JVAs sei heute wesentlich höher als noch vor einigen Jahren. Die Situation habe sich also real und messbar verbessert. Nachdem man zunächst der baulichen Situation Rechnung getragen habe, stehe nun die Frage im Raum, wie der „Faktor Mensch“ stärker in die Sicherheitsvorkehrungen miteinbezogen werden könne.

Anica Bömke

+++Meldungen+++

Alle können Fernsehen machen – neuer Lernsender gestartet

10. Dezember 2009 – Selbst Fernsehen zu machen, steigert die Medienkompetenz. Mit diesem Ziel ist im Juli der neue TV-Lernsender NRW gestartet. Er tritt als neues Konzept für Bürgerfernsehen an die Stelle der zahlreichen, häufig lokalen offenen Kanäle, bei denen sich Bürgerinnen und Bürger mit eigenen Beiträgen am Programm beteiligen konnten, erläuterte Dr. Jürgen Brautmeier von der Landesanstalt für Medien (LfM) dem **Hauptausschuss** (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU). Der neue Sender ist über das Internet und über das digitale Kabelfernsehen nun landesweit zu sehen und schreibt das Prinzip Partizipation sehr groß. Das Programm werde von drei Gruppen bestritten: von Hobbyfilmerinnen und -filmern aller Altersgruppen, von Lehr- und Lernredaktionen, die an vielen Hochschulen entstünden, um beispielsweise Erzieherinnen für eine zeitgemäße Arbeit mit den Kindern von heute und morgen zu schulen, und von angehenden Profis, nämlich Studierenden etwa der Journalistik, der Film- und Fernsehwissenschaften. „Fehler sind bei uns erlaubt“, erläuterte Stefan Malter, Chefredakteur des Senders. Alle bekämen zu ihren Ideen und Beiträgen eine wissenschaftlich fundierte Rückmeldung, um dazuzulernen. Auch neue Fernsehformate könnten ohne Quotendruck im Rahmen des Lernsenders entstehen, stellte Prof. Dr. Michael Steinbrecher vom Institut für Journalistik an der TU Dortmund in Aussicht. Das Institut ist von der LfM beauftragt worden, das zunächst auf drei Jahre angelegte Projekt zu betreuen.

Abgeordnete beklagen zu wenig Musikunterricht an Schulen

9. Dezember 2009 – Der **Kulturausschuss** (Vorsitz Dr. Fritz Behrens, SPD) sorgt sich, dass in den nordrhein-westfälischen Schulen zu wenig Musikunterricht erteilt werde, und setzte das Thema auf die Tagesordnung. Dass laut eines Berichts des Schulministeriums keinerlei Daten darüber vorlägen, wie viele Lehrkräfte für das Fach Musik vorhanden seien und wie viele fehlten, wie viele Unterrichtsstunden erteilt worden und wie viele ausgefallen seien, stimmte Claudia Scheler (SPD) nachdenklich. Ulrich Wehrhöfer vom Schulministerium verwies auf eine etwas bessere Unterrichtsversorgung in den letzten Jahren, gab aber auch

Anstöße für möglichen Handlungsbedarf. Die Einstellungschancen für Musiklehrerinnen und -lehrer bezeichnete er als hervorragend, und die Kapazitäten an Studienplätzen seien nur zu 70 Prozent ausgelastet. Der Ausschuss verständigte sich darauf, gemeinsam mit dem Wissenschafts- und dem Schulausschuss eine öffentliche Expertenanhörung durchzuführen, um Theorie und Praxis abzugleichen.

Gerichtsurteil zum Sonntageinkauf: Folgen für NRW?

9. Dezember 2009 – Einkaufen an allen vier Adventssonntagen – diese Regelung für den Berliner Einzelhandel verstoße gegen das Grundgesetz, urteilte das Bundesverfassungsgericht



Anfang Dezember. Der gesetzlich garantierte Sonn- und Feiertagsschutz sei nicht mehr gewährleistet, erklärten die Richter. Welche Folgen das Urteil für das nordrhein-westfälische Ladenöffnungsgesetz möglicherweise mit sich bringt, debattierten die Abgeordneten des Landtags in mehreren Fachausschüssen. Eine Mitarbeiterin des Wirtschaftsministeriums erklärte im **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD), das Gerichtsurteil habe lediglich „geringe“ Konsequenzen für NRW, da sich das hiesige Ladenöffnungsgesetz deutlich von den Berliner Regelungen unterscheide. So sei in NRW die Ladenöffnung an maximal vier Sonntagen im Jahr möglich, in Berlin dagegen bislang an bis zu zehn Sonntagen.

Während Ausschussmitglieder der Regierungsfractionen von CDU und FDP diese Ansicht unterstützten und das Ladenöffnungsgesetz in NRW für ein „gutes Gesetz“ hielten, sahen die Oppositionsfractionen gesetzlichen Anpassungsbedarf. Längst gebe es einen „Wildwuchs“ an verkaufsoffenen Sonntagen, häufig ohne erkennbaren Anlass, betonten SPD und Grüne. Eine interministerielle Kommission prüft das NRW-Gesetz derzeit auf Konformität.

Rentenbesteuerung: Last oder Überlast?

10. Dezember 2009 – Die Aufarbeitung der Rentenbesteuerung war Thema im **Haushalts- und Finanzausschuss** (Vorsitz Anke Brunn, SPD). Finanzminister Linssen erläuterte, dass nunmehr – nachdem die Identifikationsnummer vorliege – bei den Finanzbehörden mit der Erfassung der Rentenbezugsmitteilungen seit 2005 begonnen werden könne. Ein Testlauf im Jahr 2008 habe gezeigt, dass rund 80 Prozent der Fälle automatisiert bearbeitet werden könnten. Daher bedeute die Aufarbeitung der zurückliegenden Jahrgänge für die nächsten zwei Jahre zwar eine gewisse Mehrbelastung, diese könne aber erstens durch eine gute Ausstattung mit elektronischer Datenverarbeitung, zweitens durch eine personelle Aufstockung gerade im mittleren und höheren Dienst geleistet werden. Die Opposition bezweifelte dies: Die „nicht mehr zu bewältigende Überlast“ bedeute, dass Steuergerechtigkeit nicht mehr gewährleistet sei, kritisierte Ewald Groth (Grüne). Und Gisela Walsken (SPD) warf Linssen vor, er vernachlässige seine Fürsorgepflicht, es sei „unverantwortlich“, so mit dem Personal umzugehen. „Unverantwortliche Panikmache“, die Angriffe entbehrten jeglicher sachlicher Grundlage, entgegneten für die Regierungsfractionen Christian Weisbrich (CDU) und Angela Freimuth (FDP).

Bürgernahe Regelung von Bergschäden

11. Dezember 2009 – Mehr Transparenz für die Betroffenen von Bergschäden im Rheinischen Braunkohlerevier. Dieses Ziel formulierte der **Unterausschuss „Bergbausicherheit“** (Vorsitz Josef Hovenjürgen, CDU), nachdem zunächst ein Vertreter der Bezirksregierung Arnsberg den Jahresbericht 2008 der Bergbaubehörden NRW vorgestellt hatte. Klaus-W. Schumacher aus dem Wirtschaftsministerium berichtete über die Arbeit der neu eingesetzten Schlichtungsstelle „Bergschäden“ für den Steinkohlerevier, die von den anwesenden Unternehmensvertretern als Erfolgsgeschichte bezeichnet wurde. Als zu wenig bürgernah und intransparent kritisierte in diesem Zusammenhang Reiner Priggen (Grüne) einen Vorschlag des Ältestenrats des Braunkohleausschusses, statt einer Schlichtungsstelle für den Braunkohlebergbau einen Bergschadensbeauftragten einzusetzen. Dr. Gerd Hachen (CDU) argumentierte in die gleiche Richtung und forderte eine ähnliche Regelung wie im Steinkohlerevier. Dieser Forderung schlossen sich die Vertreter aller Fraktionen an.

„Wasser ist keine übliche Handelsware“

Europäische Gewässerschutzpolitik Thema im Düsseldorfer Landtag

9. Dezember 2009 – Die EG-Wasserrahmenrichtlinie ist am 22. Dezember 2000 in Kraft getreten. Sie bildet den Ordnungsrahmen zum Schutz aller Gewässer und legt europaweit einheitliche Ziele fest. Zentraler Schwerpunkt der öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz war deren Umsetzung innerhalb Nordrhein-Westfalens. Unter Vorsitz von Marie-Luise Fasse (CDU) diskutierten Sachverständige der kommunalen Spitzenverbände und Kommunen, der sondergesetzlichen Wasserverbände sowie der anerkannten Naturschutzverbände den Bewirtschaftungsplan und das Maßnahmenprogramm der Landesregierung (Drs. 14/2881).

Mit der EG-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) soll die europäische Gewässerpolitik vereinheitlicht werden. Wesentliche Ziele des Abkommens sind die Herstellung eines guten ökologischen und chemischen Zustands der oberirdischen Gewässer und die Schaffung eines guten Zustands des Grundwassers. Die dazu erforderlichen Schritte sind in einem Programm zusammengefasst, das bis zum Jahre 2027 in drei 6-Jahres-Abschnitten umgesetzt werden soll.

ZIELSETZUNG UND UMSETZUNG

Über die Ziele der europäischen Wasserrahmenrichtlinie bestand unter den Sachverständigen weitgehender Konsens. Auch der Ausrichtung des Bewirtschaftungsplans und Maßnahmenprogramms der Landesregierung wurde generell zugestimmt. Im Namen der Umwelt- und Naturschutzverbände (BUND, NABU und LNU) begrüßte Dr. Christoph Aschemeier die Umsetzung der Rahmenrichtlinie. Die konsequente Umsetzung der darin enthaltenen Anforderungen, so Aschemeier, „ist von essentieller Bedeutung“ sowohl für die Sicherung der Ressource Wasser, der Erhaltung von Biodiversität und landwirtschaftlicher Vielfalt als auch der Anpassung an die bereits erkennbaren Herausforderungen des Klimawandels. Den Ansatz, die Wasserrahmenrichtlinie kooperativ und im Sinne der Rücksichtnahme auf andere Interessensgebiete außerhalb der Wasserwirtschaft wie etwa den Denkmalschutz, die Landwirtschaft oder die Energieerzeugung umzusetzen, wurde von Hubert Verbeeck, dem Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Wasserkraftwerke Nordrhein-Westfalen, besonders befürwortet. In Bezug auf die Umsetzung der Richtlinie merkten Dr. Matthias Quast (Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband) und Dr. Bernd Lüttgens (Rheinischer Landwirtschaftsverband) kritisch an, dass jeder EU-Mitgliedstaat „größtes Augenmaß“ darauf legen muss, die ökologischen und ökonomischen Belange in Einklang zu bringen. Vor allem im Hinblick auf die Landwirtschaft sollte darauf geachtet werden, dass es bei der Umsetzung der WRRL nicht durch „nationale



Vor der Ausschusssitzung: die Vorsitzende Marie-Luise Fasse (CDU, r.) mit Svenja Schulze (SPD).

Foto: Schälte

Alleingänge zu einer einseitigen wirtschaftlichen Belastung kommt“.

GRUNDWASSER UND LEBENDIGE GEWÄSSER

In Anbetracht dieser beiden Programme waren sich die Experten darin einig, dass sich die gewählte Planungstiefe bislang bewährt habe. Hinsichtlich einer Verbesserung der Situation beim Grundwasser bekräftigten Dr. Wulf Lindner und Rudolf Hurck (Arbeitsgemeinschaft der Wasserwirtschaftsverbände), dass die Verbände das Ziel unterstützen, die diffuse Zufuhr von Nährstoffen ins Grundwasser zu verringern. Wichtig sei vor allem, so die Interessensvertreter, „dass ein zielgerichtetes begleitendes Monitoring durchgeführt wird, um die Veränderungen zeitnah feststellen und bei Bedarf auch mit Maßnahmen nachsteuern zu können“. Davon ausgehend forderte Gerhard Kattenstroth (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft), eine direkte Mitsprache der Landwirte durch regionale Beiräte zu gewährleisten.

Nach Auffassung von Friedrich-Heinrich Freiherr von der Leyen (Arbeitskreis für Hochwasserschutz) ist das Programm „lebendige Gewässer“ bis zum Jahr 2027 nur unter der Voraussetzung einer gesicherten Finanzierung sowie einer abgestimmten Planung umzusetzen. Dem schloss sich auch der Vertreter der kommunalen Spitzenverbände und Kommunen, Stephan Keller, an und unterbreitete den Vorschlag, in diesem Zusammenhang die sogenannte Trittsteinmethode anzuwenden. Er erachtete es als sinnvoll, sich „dort der ökologischen Entwicklung der Gewässer zu widmen, wo ein möglichst großer Effekt für die Verbesserung der Gewässergüte erreicht werden kann“. Auch regte Keller an, die Zielzeiträume angesichts der Realisierbarkeit „einheitlich und unter Berücksichtigung der jeweiligen Begründungen festzusetzen“. Für alle hydromorphologischen Maßnahmen, die mit Bautätigkeiten verbunden seien oder die Entwicklungszeiten benötigten, sollte auch im Maßnahmenprogramm einheitlich die Formulierung „Umsetzung bis 2027“ eingetragen werden, forderte er.

Gordana Zečić

Ladenöffnungszeiten: Bundesverfassungsgericht bestätigt Schutzauftrag des Staates



Die CDU-Landtagsfraktion begrüßt das Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts über die Regelung der Ladenöffnungszeiten in den Ländern. „Die Karlsruher Richter haben deutlich gemacht, dass der Sonn- und Feiertagsschutz in Deutschland aus gutem Grund Verfassungsrang genießt“, betont der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, Helmut Stahl (Foto). „Der Mensch ist nicht nur homo oeconomicus, sondern hat auch soziale und religiöse Bedürfnisse“, so der Fraktionsvorsitzende weiter. Dem Sonntag komme hierbei eine besondere Bedeutung zu. Stahl: „Der Sonntag ist ein Tag der Entspannung, der Einkehr, der inneren Ruhe und der Familie. Und er ist ein Tag, der uns auf unsere christlich-abendländischen Wurzeln verweist.“

Am 1. Dezember hatte das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe die vier verkaufsoffenen Adventssonntage in Berlin für verfassungswidrig erklärt. Laut Karlsruhe verstoßen

sie gegen den Sonntagsschutz im Grundgesetz. Damit gaben die Richter einer Klage der Kirchen teilweise statt.

Das Gericht habe unmissverständlich deutlich gemacht, dass dem Staat eine im Grundgesetz verankerte Schutzfunktion obliegt, so Stahl weiter. Der Gesetzgeber habe hier zwar einen Gestaltungsspielraum, Ausnahmeregelungen zu schaffen. Auch die schwarz-gelbe Landesregierung in Nordrhein-Westfalen habe von diesem Gestaltungsspielraum Gebrauch gemacht, gerade im Hinblick auf die Hohen Feiertage Ostern, Pfingsten und Weihnachten. Doch dieser Gestaltungsspielraum sei überschritten, wenn die Ladenöffnung – wie in Berlin angedacht – an allen vier Adventssonntagen ermöglicht worden wäre. „Gerade die Weihnachtszeit verdeutlicht, dass der Sinn menschlichen Lebens nicht allein im Zweckhaften und Verrechnbaren aufgeht, sondern dass wirtschaftliche Tätigkeit ihrerseits einer Sinnggebung bedarf“, erklärt der CDU-Fraktionschef. ■

FDP-Fraktion: Die Wassersteuer läuft aus



Auf Initiative der Freien Demokraten wird die von der rot-grünen Vorgängerregierung im Jahr 2004 eingeführte Wassersteuer abgeschafft. „Die Wassersteuer war unter dem Deckmantel der Ökologie eingeführt worden. Tatsächlich wollte Rot-Grün damit vorzugsweise grüne Spielwiesen im Landeshaushalt finanzieren“, erklärt Holger Ellerbrock (Foto), umweltpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion. In NRW gebe es keinen Wassermangel und qualitativ nur vereinzelt Probleme. „Das Wasserentnahmeentgelt war und ist ökologisch nicht zu rechtfertigen“, sagt Holger Ellerbrock. Betriebe und Verbraucher werden durch das Wasserentnahmeentgelt derzeit jährlich mit rund 86 Millionen Euro belastet. Aus Sicht der FDP stellt dies eine Zusatzbelastung für den Verbraucher in NRW, also für Betriebe wie für Familien, gerade für die mit Kindern und sozial Schwächere, dar. „Eine neue Ökosteuer ohne ökologischen Sinn ist Unsinn“, sagt der Umweltpolizist. Deshalb hat sich die FDP-Landtagsfraktion klar für die

Abschaffung der Wassersteuer ausgesprochen. Nach intensiven Verhandlungen haben FDP und CDU das definitive Aus der Steuer beschlossen. Jetzt wurde das Gesetz im Landtag verabschiedet. Ab Januar 2010 wird das Wasserentnahmeentgelt jährlich um jeweils zehn Prozentpunkte gesenkt. Spätestens 2018 läuft es endgültig aus. „Mit diesem Abschmelzmodell tragen wir der aktuell schwierigen Haushaltssituation Rechnung. Gleichzeitig entlasten wir aber die Bürger und Betriebe, die dieses Geld besser investieren können.“ Ellerbrock ruft die Verbraucher auf, bei den Wasserversorgern nachzufragen, wie sich die Reduzierung und Abschaffung des Wasserentnahmeentgeltes auswirkt. Das gelte gerade für die Unternehmen, die ihre Preiserhöhung mit dem Wasserentnahmeentgelt begründeten. Sollte sich die Situation der öffentlichen Haushalte nach der Überwindung der Konjunkturkrise schneller als derzeit absehbar stabilisieren, wird sich die FDP-Landtagsfraktion für ein noch früheres Ende der Steuer einsetzen. ■



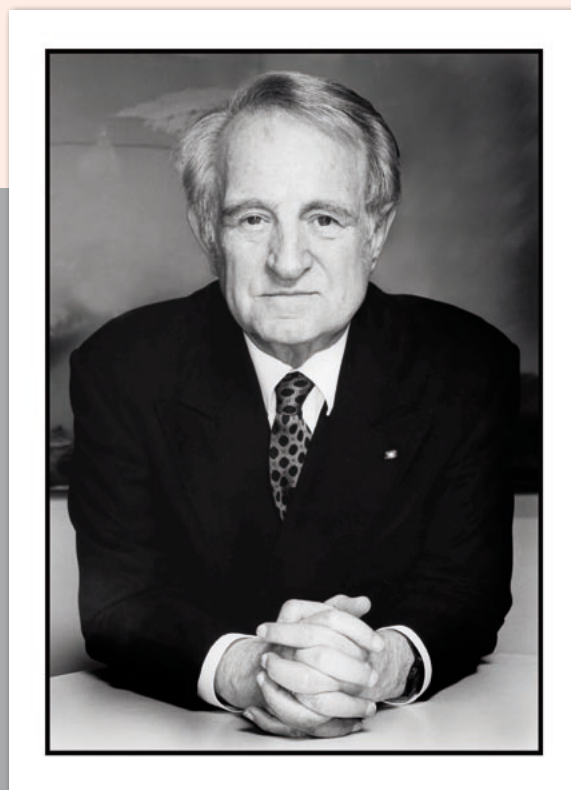
Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Fotoausstellung zu Ehren von Johannes Rau im Landtag

Der Mensch und Politiker Johannes Rau in Bildern ist das Thema der Fotoausstellung „Johannes Rau – Das Leben menschlicher machen“ im Landtag Nordrhein-Westfalen, die gemeinsam von der Friedrich-Ebert-Stiftung, vom Freundeskreis Willy-Brandt-Haus und der SPD-Landtagsfraktion ausgerichtet wird. Johannes Rau hat ein halbes Jahrhundert deutsche Politik mitgestaltet und geprägt. Die Arbeiten mehrerer Fotografen zeigen sein Leben in Bildern: Vom Privatmann Johannes Rau über seine politischen Wegstationen als Sozialdemokrat in Nordrhein-Westfalen und in der Bundespolitik hin zum nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten und zum Bundespräsidenten.

In der Zeit vom 14. Januar bis zum 19. Februar 2010 können alle interessierten Bürgerinnen und Bürger nach telefonischer Voranmeldung die Ausstellung montags bis freitags zwischen 9 Uhr und 17 Uhr besuchen (Telefon: 0211 884-2035).

„Johannes Rau –
Das Leben
menschlicher machen“



Weihnachtsbaum schmücken mit der Grünen Fraktion



Auch an der Grünen Fraktion geht die Adventzeit nicht spurlos vorüber. Unsere Kölner Abgeordnete Andrea Asch hat Schülerinnen und Schüler der Hummelklasse der Kölner Selbstständigen Gemeinschaftsgrundschule Dellbrücker Hauptstraße in den Landtag eingeladen, den Weihnachtsbaum vor dem Grünen Fraktionssaal zu verschönern. Das taten sie mit selbst gebasteltem Weihnachtsschmuck, der nun den Baum vor dem Fraktionssaal ziert.

„Mit dem Baumschmuck haben die Kinder den grünen Baum eindeutig zum schönsten im Landtag gemacht“, freut sich die Fraktionsvorsitzende Sylvia Löhrmann. Und damit nicht genug: Mit dem Gedicht „Die Weihnachtsmaus“ von James Krüss bedankten sie sich für die Einladung. Im Gegenzug gab's für die Kinder von Vizepräsident Oliver Keymis kleine Wichtelpräsente.

Die Grüne Fraktion wünscht allen ein fröhliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Neue Jahr und freut sich auf eine spannende Landtagswahl in 2010.



Lauter Lebenserfahrung

Sachverständige fordern mehr Maßnahmen gegen Altersdiskriminierung

26. November 2009 – „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“ heißt es im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Vor diesem Hintergrund sind etwa Geschlechtergerechtigkeit oder Antirassismus längst zum Thema von Gesellschaft, Politik und Öffentlichkeit geworden. Wenig Aufmerksamkeit erlange hingegen die Tatsache, dass Menschen auch aufgrund ihres Alters unterschiedliche Chancen haben, am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, meinen die Grünen und haben einen Antrag „Der Altersdiskriminierung entgegenwirken – Partizipation fördern und soziale Benachteiligungen abbauen“ (Drs. 14/8713) vorgelegt. Sachverständige äußerten sich zu diesem Thema im Ausschuss für Generationen, Familie und Integration (Vorsitz: Andrea Milz, CDU).

Ein Schwerpunkt der Altersdiskriminierung sei im Arbeitsleben zu finden, darin waren sich die meisten Sachverständigen einig. Hier begegne den Betroffenen die Problematik im Rahmen von Stellenausschreibungen, Einstellungsgesprächen und bei der beruflichen Fortbildung. Ab einem bestimmten Alter sei es heute kaum mehr möglich, eine Stelle zu finden, in manchen Branchen begännen die Schwierigkeiten bereits mit 35 oder 40 Jahren. „Häufig versucht man zudem, ältere Beschäftigte durch Entzug von Aufgaben, Degradierung oder Mobbing loszuwerden“, berichtete Prof. Dr. Klaus Michael Alenfelder (Präsident der Deutschen Gesellschaft für Antidiskriminierungsrecht, Bonn). Altersdiskriminierung sei daneben auch im Gesundheitswesen, bei der Kreditvergabe und beim Abschluss von Lebensversicherungen, im Straßenverkehr oder beim Diskobesuch zu finden, so der Experte.

Den Nährboden für Altersdiskriminierung bilde die Kombination verschiedener Faktoren

wie unrealistische und falsche Altersbilder, deren unreflektierte Verbreitung und Verfestigung, ökonomische und soziale Benachteiligung sowie Schulduweisung an ältere Menschen, erklärte Dr. Peter Michell-Auli (Kuratorium Deutsche Altershilfe, Köln) in seiner Stellungnahme. Hinzu kommen nach Ansichten der anderen Fachleute zudem unterschiedliche Wertevorstellungen der Generationen, geringe Wertschätzung des höheren Alters, Jugendwahn, Selbstdiskriminierung, aber auch ein fehlendes Bewusstsein für Altersdiskriminierung, wie für Diskriminierung generell in Deutschland.

Die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung wurden von den Sachverständigen grundsätzlich sehr begrüßt. Insbesondere die Abschaffung der Altersgrenze für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die Vereinbarung mit Banken und Sparkassen in NRW gegen Altersdiskriminierung sowie die ständige Thematisierung des Problems seien positive Signale. Gleichzeitig

forderten die Sachverständigen dazu auf, weitere Maßnahmen zu ergreifen.

Ein erster Schritt, so Rechtsanwalt Frank Jansen (Bad Hersfeld), sei die flächendeckende Abschaffung von Altersgrenzen bei amtlichen und ehrenamtlichen Tätigkeiten. In den USA beispielsweise gebe es seit über 20 Jahren kein Zwangspensionsalter mehr, sondern nur noch ein Mindestalter für den staatlichen Rentenbezug. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer könnten dort selber entscheiden, wann sie in Rente gehen. Auch in Deutschland müssten alle Gesetze und Verordnungen mit Altersgrenzen überprüft und, sofern noch nicht geschehen, durch Formulierungen der individuellen Anforderungen ersetzt werden.

Neben entsprechenden gesetzlichen Maßnahmen sei es notwendig, die Einstellung der Bevölkerung gegenüber Älteren zu ändern. Diese hätten „in der Regel viel geleistet und sind daher mit Respekt zu behandeln“, forderte Jansen. Ernst Giesen von der Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Spitzenverbände NRW ergänzte: „Durch mehr Öffentlichkeitsarbeit und ein besseres Angebot an Beschwerdemöglichkeiten kann Altersdiskriminierung aus der Grauzone gehoben werden.“ Ein Appell seitens der Sachverständigen ging auch an die Medien und die älteren Menschen selbst. Diese könnten als Vorbilder agieren und ein positives Altersbild öffentlich machen.

Eine Facette der Altersdiskriminierung sah Hanne Schweitzer (Büro gegen Altersdiskriminierung, Köln) in der Lebensqualität älterer Menschen. Sie schlug in ihrer Stellungnahme dementsprechend konkrete Maßnahmen vor: „Das Land könnte Defizite in der Lebensqualität der älteren Bevölkerung feststellen und verringern, Stadtteiltreffpunkte zur Verfügung stellen, Arbeitsbedingungen in Pflegeheimen verbessern und die Mobilitätsinfrastruktur anpassen“, so Schweitzer.

Marie Schwinning



Gleich drei Generalkonsuln ...

... stäteten im Laufe des Dezember dem Landtag Nordrhein-Westfalen ihren Antrittsbesuch ab: der Generalkonsul der schweizerischen Eidgenossenschaft, Urs Strausak, der Generalkonsul der Republik Türkei, Mustafa Kemal Basa, sowie der Generalkonsul der Republik Kroatien, Vjekoslav Križanec (von links). Mit ihrem Besuch unterstrichen sie das grenzüberschreitende Engagement des Landtags für Frieden und Völkerversöhnung. Die Konsuln trugen sich jeweils in das Gästebuch des Landtags ein und erörterten mit der Landtagspräsidentin Fragen der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Fotos: Schälte

Porträt: Stefanie Wiegand (SPD)



Den Weg zur Sozialdemokratie hat Stefanie Wiegand erst zur Jahrtausendwende gefunden. Dann aber ging es für die studierte Geologin Schlag auf Schlag: Schon 2002 war die Späteinsteigerin Vorsitzende des Münsterländer Ortsvereins Südlohn-Oeding, drei Jahre danach saß Stefanie Wiegand bereits im Düsseldorfer Landtag. Eine Polit-Karriere im D-Zug-Tempo. „Mich hat in der großen Politik einiges gereizt“, erinnert sich die Sozialdemokratin an erste Berührungspunkte zur Politik. „Es ist leicht zu schimpfen. Ich wollte selber etwas machen.“

Seit zwei Jahren ist die 40-Jährige Mutter der kleinen Tochter Elena. Das Sein prägt das Bewusstsein: Seit der Geburt hat Stefanie Wiegand die Schwächen im Betreuungssystem und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf hautnah kennengelernt. „Ich weiß, wie es ist, wenn der gut

organisierte Betreuungsplan wie ein Kartenhaus zusammenbricht“, sagt die Politikerin. Wenn die Tagesmutter ausfällt, die Kita geschlossen ist oder das Kind mit 40 Grad Fieber im Bett liegt. Viele Firmenchefs und Kollegen zeigen wenig Verständnis für stornierte Termine.

In der Lokalpolitik wie im Düsseldorfer Landtag macht sich Stefanie Wiegand deshalb stark für flexible Öffnungszeiten im Kindergarten. Schließlich kann nicht jeder Berufstätige sein Kind um 16 Uhr aus der Kita abholen. Und im Landtag hofft die Abgeordnete, dass der lange versprochene Betriebskindergarten im nächsten Jahr endlich seine Pforten öffnet. „An langen Plenartagen ist es schwierig, eine Betreuung sicherzustellen.“ Weil der Gatte häufig beruflich unterwegs ist, springen die Großeltern an diesen Tagen oft als Kindermädchen ein. Stefanie Wiegand will für Eltern endlich neue Wege in der Betreuung einschlagen: In der nächsten Wahlperiode möchte sie gern im Familienausschuss ihre Erfahrungen einbringen.

Die Härten des Politikerdaseins hat die junge Politikerin im Kommunalwahlkampf 2009 erleben müssen. Mit achtbaren 47 Prozent der Stimmen unterlag die Genossin im „schwarzen“ Münsterland bei der Kandidatur zur hauptamtlichen Bürgermeisterin für Südlohn und Oeding. Stefanie Wiegand nahm die Niederlage sportlich und bedankte sich bei denen, die ihr das Vertrauen geschenkt hatten. Die Chancen, den Wahlkreis bei der Landtagswahl direkt zu gewinnen, bleiben allerdings gering. Beim letzten Urnengang 2005 lag der CDU-Kandidat mit rund 62 Prozent um Längen vor der Sozialdemokratin Wiegand mit

24,5 Prozent. Die „rote Zora“ geht gleichwohl auf alle Katzenhochzeiten, um bei den Wechselwählern zu punkten: „Ich verspreche aber nichts, was ich nicht halten kann.“ Für die nächste Wahlperiode des Landtags hat sie der eigene Wahlkreis bereits nominiert – Stefanie Wiegand hofft nun auf einen aussichtsreichen Listenplatz. 2005 zog die Liste bis Platz 44. Punktlandung: Wiegand hatte Listenplatz 44. Erst am späten Abend stand der Einzug in den Landtag nach langer Zitterpartie fest.

Für die Reiterei findet die Pferdebesitzerin im Dauerstress zwischen Südlohn und Düsseldorf zum eigenen Leidwesen nur noch einmal in der Woche Zeit. In ihrer neuen Heimat Südlohn fühlt sich die in Hattingen geborene Politikerin aber pudelwohl. „Der Menschenschlag im Münsterland ist schnell per Du, ist spontan und offen.“ Als Mitglied des Petitionsausschusses im Landtag bleibt Stefanie Wiegand geerdet. „Ich mache das mit Leib und Seele, weil ich nahe bei den Menschen bin. Die Arbeit holt einen immer wieder auf den Boden der Tatsachen zurück.“ Und im Umweltausschuss kann die Geologin ihre naturwissenschaftlichen Kenntnisse einbringen. Auch wenn der Ausschuss nur wenig mit ihrem Spezialgebiet Lagerstättenkunde für die Erdöl- und Erdgassuche zu tun hat.

Stefanie Wiegand vertritt den Wahlkreis 78 Borken II. Der letzte Sozialdemokrat, der in diesem Sprengel den Sprung in den Landtag schaffte, war Walter Werner. Der war bis 1958 Mitglied des Landtags. Elf Jahre später wurde die aktive SPD-Politikerin geboren. Nach 47 Jahren Abstinenz hatte Borken II im Jahr 2005 endlich wieder eine SPD-Abgeordnete. Am Muttertag im Mai 2010 will Stefanie Wiegand verhindern, dass der heimische Wahlkreis eine neue Ära ohne eigenen Genossen in Düsseldorf erleiden muss.

Wilfried Goebels

Bine ați venit – Herzlich willkommen ...



... war im November dieses Jahres eine Landtagsdelegation zusammen mit Vertretern der Wirtschaft in Rumänien. Die viertägige Reise führte die Gruppe einschließlich der Landtagsabgeordneten (von links) Werner Jostmeier (Vorsitzender des Hauptausschusses), Horst Westkämper (Vorsitzender der Visegrád-Gruppe im Landtag), Edgar Moron (1. Vizepräsident des Landtags), Landtagspräsidentin Regina van Dinther, Franz-Josef Knieps (Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Energie) von Bukarest über Klausenburg nach Sibiu/Hermannstadt.

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinther, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Sonja Wand (sow, Redakteurin), Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)
Redaktionelle Mitarbeit:
Doro Dietsch (dd), Sebastian Wuwer (sw)
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs), 884-2450 (dd) und 884-2137 (sw)
Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Johannes Rimmel MdL (Grüne), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Rudolf Schumacher (Grüne), Pressesprecher.
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstage

Vom 16. Dezember 2009 bis 19. Januar 2010

18.12. Sichau, Frank (SPD)	62
18.12. Brockes, Dietmar (FDP)	39
20.12. Gottschlich, Margret (SPD)	61
20.12. Grunendahl, Wilfried (CDU)	57
22.12. Wilp, Josef (CDU)	71
23.12. Sahnen, Heinz (CDU)	63
30.12. Keymis, Oliver (Grüne)	49
1.1. Scheler, Claudia (SPD)	56
1.1. Töns, Markus (SPD)	46
4.1. Kleff, Hubert (CDU)	62
5.1. Hammelrath, Helene (SPD)	60
6.1. Garbrecht, Günter (SPD)	60
7.1. Schmelzter, Rainer (SPD)	49
8.1. Schulte, Hubert (CDU)	65
10.1. Lehne, Olaf (CDU)	48
10.1. Hovenjürgen, Josef (CDU)	47
18.1. Engel, Horst (FDP)	63
19.1. Veldhues, Elisabeth (SPD)	61

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

23.12. Denkert, Kurt (SPD)	80
31.12. Schwirtz, Herbert (SPD)	80
1.1. Dr. Engelhardt, Heinz (SPD)	80
6.1. Jaeger, Wolfgang (CDU)	75
13.1. Moritz, Hans-Dieter (SPD)	70
16.1. Krüger, Helmut (CDU)	90
16.1. Müntefering, Franz SPD	70
19.1. Dr. Lichtenberg, Hans-Jürgen*	70

*fraktionslos

Friedenslicht & Sternsinger

Pfadfinderinnen und Pfadfinder aus NRW überreichten der Landtagspräsidentin am Mittwoch, 16. Dezember 2009, das Friedenslicht aus Betlehem. Die Aktion erinnert in diesem Jahr an den Fall der Mauer vor 20 Jahren und steht unter dem Motto „Mauern brechen – Frieden finden – Hoffnung geben“.

Am Montag, 4. Januar 2010, empfängt der Landtag Sternsinger der katholischen Pfarrgemeinde St. Martin aus Düsseldorf-Bilk. Unter dem Motto „Kinder finden neue Wege“ soll die Aktion Initiativen im Senegal fördern.

Termine

11. bis 29. Januar 2010 Wanderausstellung „Mehr Wert“
Ein Projekt der katholischen Weiterbildung

Nächste Ausgabe von **Landtag Intern**: 20. Januar 2010

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden ein: am 17. Dezember 2009 um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück, um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E3 Z03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Sterne leuchten ...

... auf dem Weg in eine hoffentlich friedvolle Zeit. Die große Tanne in der Bürgerhalle des Landtags Nordrhein-Westfalen schafft eine festliche, adventliche Stimmung. Auf Einladung von Landtagsvizepräsident Oliver Keymis wurde sie geschmückt von Schülerinnen und Schülern der Städtischen Raphael-Schule Meerbusch. Individuell dekorierte Weihnachtsbäume schmücken des Weiteren die Flure der vier Fraktionen und die Wandelhalle vor dem Plenarsaal.

Im Namen des gesamten Landtags und der Redaktion von **Landtag Intern** wünsche ich Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes und friedliches Weihnachtsfest, eine entspannende Zeit „zwischen den Jahren“ und einen guten Rutsch ins neue Jahr 2010.

Regina van Dinter

Regina van Dinter, Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen